

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4,  
in Grätz bei Herrn F. Streifand;  
in Frankfurt a. M.:  
G. I. Paube & Co.

# Vollener Zeitung.

Nachmittags-Ausgabe.

Vierundsechzigster Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen:  
Rudolph Mosse;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel:  
Haasenstein & Vogler;  
in Berlin:  
J. Nelemeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Gubatz.

Nr. 498.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-  
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 24. Oktober

Inserate 1/4 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder  
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,  
find an die Expedition zu richten und werden für  
die an denselben Tage erscheinende Nummer nur  
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

## Benedettis Rechtfertigung.

Die Frivolität, mit welcher Frankreich das friedliche Deutschland um Kriege herausforderte, war ein Verbrechen, seine Niederlage eine gerechte Sühne. Das ist die Meinung des deutschen Volkes und aller derjenigen, welche ein lebendiges Rechtsgefühl besitzen. Die französische Nation ist nicht ganz dieser Ansicht. Danach war die Kriegserklärung entweder gar kein Verbrechen, sondern allein die Niederlage oder die Kriegserklärung wird — wenigstens von einem großen Theil der Franzosen — nur deshalb für ein Verbrechen angesehen, weil ihr nicht der Sieg folgte. Das Bestreben der ehemaligen Machthaber in Frankreich sich von der Mitschuld an diesen beiden Verbrechen, mit denen das zweite Kaiserthum abhandelt, zu reinigen, hat eine ganze Fluth von Rechtfertigungsschriften veranlaßt; versucht doch selbst Napoleon der Letzte nicht nur in einem Briefe an den „Moltke Englands“, sondern auch in einer besonderen Schrift sich reinzuwaschen, indem er den Friedensbruch der Opposition, die Niederlagen seinen Generalen zuschob. Wenn ihn jetzt wiederum andere als Sündenböcke benötigen, so hat er keinen Grund sich zu beschweren. Indessen die Rechtfertigungen wegen der Niederlage Frankreichs sind zahlreicher als die, welche die Theilnahme an dem Friedensbruch in Abrede stellen, was unserer Meinung nach ein Fingerzeig dafür ist, worin man das größere Verbrechen sieht.

Daß jedoch die Kriegserklärung wenigstens ein Fehler war, das kann heut Niemand in Frankreich mehr bestreiten; sie war ein Fehler, weil der Verlauf des Krieges zeigte, daß die Regierung Napoleons weder die Stärke Deutschlands noch die Schwäche Frankreichs richtig beurtheilte. Die schlechte Information über die deutschen Verhältnisse mußte natürlich den Vertretern Frankreichs, besonders dem Grafen Benedetti und dem Militärbevollmächtigten Oberst Stoffel anheim fallen. Der letztere hat sich durch Veröffentlichung der Berichte, welche er seiner Regierung eingefandt hat, längst gerechtfertigt. Oberst Stoffel ist auch unser Erachtens der Einzige von den Dienern Napoleons, denen dies vollständig gelungen ist; noch mehr, derselbe hat sich durch seine Berichte, in welchen er deutsche Verhältnisse mit so viel Geist und Treue zeichnet, den Ruf eines Mannes von staatsmännischer Boransicht und militärischem Wissen errungen; seine Darlegungen werden noch lange kulturgeschichtlichen Werth behalten.

Der ehemalige französische Botschafter hat mit seinen Enthüllungen weniger Glück gehabt. Graf Benedetti wird durch dieselben nicht ganz gereinigt, alles was man zugeben kann ist, daß er nach dieser Arbeit weniger schuldig erscheint, als es vorher den Anschein hatte, und daß Napoleon mit seinem letzten Ministerium fast noch schwächer erscheint. Man sieht aus den Aktenstücken, welche er der Deffentlichkeit vorlegt, — inwieweit eine solche Indiskretion einem Gesandten zusteht, ist eine andere Frage, — daß er seine Regierung über die Zustände und Stimmungen Deutschlands während seiner „Mission in Preußen“ nicht im Unklaren gelassen hat. Darf man seiner Darstellung in Betreff des Friedensbruchs glauben, so hat er zu der Rolle, welche ihm der Herzog Grammont mit den Worten vor schrieb „Brasquez le roi“ sich etwas schwer verstanden, indessen ist er doch den Beisungen seines Chefs mit möglichstem Eifer nachgekommen. Einiges Verdienst hat auch sein stillschweigendes Bekenntniß, daß es in Ems weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten gegeben, und daß die Behauptung von einer beleidigenden Note eine ungeheure Lüge war; wir in Deutschland mußten dies zwar vom ersten Augenblicke an, doch für Franzosen und auch für Andere mag es dienlich sein, daß dies nun auch von dem angeblich Beleidigten zugestanden wird. Für uns hat die Enthüllung über die letzten Tage in Ems besonders dadurch Interesse, daß die Person unseres erhabenen Monarchen in den heißen Unterhandlungen mit dem Botschafter in dem hellsten Lichte erscheint, indem der König ebensoviele politischen Takt wie Bewußtsein der Würde als Souverain und deutscher Fürst, der eine mächtige Nation repräsentirt, durchweg bewahrt.

Indessen dadurch wird Benedettis Rechtfertigung sehr beeinträchtigt, daß er — ganz entsprechend seinen französischen Kollegen — auch die Lüge nicht scheut. Die erste Reklamation gegen seine Darstellung kam von spanischer Seite, indem von dort bestritten wurde, daß die spanische Regierung gewußt habe, daß zwischen Paris und Berlin bereits 1869 betreffs der hohenzollernschen Thronfrage Verhandlungen geführt worden waren.

Jetzt erzählt Benedetti auch vom Fürsten Bismarck eine Widerlegung, deren ausführliche Analyse wir im Nachfolgenden geben:

„Graf Benedetti“, so leitet der Reichsanzeiger diese Verichtigungen ein, „hat offenbar nicht gewußt, welche Theile der geheimen französischen Archive im Verlaufe des Krieges in die Hände der deutschen Truppen gefallen sind.“

In einem Berichte Benedetti's zur mainzer Frage, der sich „in den Händen des Auswärtigen Amtes zu Berlin befindet“ und vom 5. Aug. 1866 datirt, sagt derselbe: Er habe zuerst dem Grafen Bismarck eine schriftliche Mitteilung gemacht, weil er „bei dem Temperament des Bundeskanzlers“ es für klüger hielt, „bei dem ersten Eindruck, den die Forderung des linken Rheinufers mit Mainz auf denselben hervorbringen werde, nicht zuzugreifen.“

Die darauf gefolgte mündliche Unterredung hat Benedetti wie der Reichsanzeiger sagt, in seinem Buche nur „oberflächlich berührt.“ Er würde sonst nicht haben verschweigen können, daß er selbst die französische Forderung mit Entschiedenheit und Wärme empfahl.“ Wir erfahren hier auch etwas genauer, was Bismarck damals durch Benedetti dem Kaiser Napoleon sagen ließ. Bisher wußten wir nur, daß Bismarck auf jene Forderung erwiderte: „Das ist der Krieg!“ Er sagte dem Gesandten aber noch — der Reichsanzeiger führt die Worte französisch an — Folgendes:

Machen Sie dem Kaiser wohl bemerklich, daß ein solcher Krieg

unter gewissen Umständen ein Krieg mit revolutionären Erschütterungen werden könnte und daß angesichts solcher revolutionären Gefahren die deutschen Dynastien zeigen würden, daß sie fester stehen, als die des Kaisers Napoleon.

Auf jene Drohung lenkte Napoleon ein in dem bekannten Briefe vom 12. August. Aber schon am 16. August beginnt ein neues Spiel der französischen Diplomatie — die belgische Frage. Der Reichsanzeiger theilt hier wörtlich in französischer Sprache die Instruktionen mit, welche Herrn Benedetti in dieser Frage von Herrn Chauvy aus Paris überbracht wurden. Ihr wesentlicher Inhalt war dieser:

In erster Linie sollte Benedetti fordern: 1) einen öffentlichen Vertrag, durch welchen Landau, Saarlouis, Saarbrücken und Luxemburg an Frankreich kämen; 2) eine geheime Offensiv- und Defensivallianz, welche für Frankreich die Amerition Belgiens ermöglichte. Wäre dies nicht zu erreichen, so sollte Benedetti auf Saarbrücken, Saarlouis und Landau verzichten. Letzteres möchte ohnehin „das deutsche Gefühl reizen.“ Wenn die Vereinigung von ganz Belgien mit Frankreich auf zu große Schwierigkeiten stieße, so könnte, um Englands Widerstand zu beschwichtigen, Antwerpen zur Freistadt erklärt werden. Auf keinen Fall aber dürfe Antwerpen an Holland, Maastricht an Preußen fallen. Als Gegenleistung wollte Napoleon alle von Preußen gemachte Eroberungen (von 1866) gutheissen.

Der „Reichsanzeiger“ fährt wörtlich fort:

Auf diese Instruktion aus Paris vom 16. August hat Graf Benedetti am 23. August aus Berlin in einem dem Auswärtigen Amte vorliegenden, ganz von seiner eigenen Hand geschriebenen Briefe geantwortet, mittelst dessen er den Vertragsentwurf, mit dem er beauftragt worden, einreicht. Dieser Entwurf ist von ihm eigenhändig geschrieben und befindet sich, versehen mit den autographen Marginalbemerkungen, durch welche er in Paris amendirt wurde, in den Händen des Auswärtigen Amtes, und so, wie er durch die Marginalbemerkungen modifizirt worden, stimmt er erst mit dem Exemplar überein, welches Graf Benedetti dem Hrn. v. Bismarck demnächst überreichte und welches von diesem im vorigen Jahre veröffentlicht worden ist.

Damit ist also die Fabel für Kinder: Benedetti habe das Projekt „unter Bismarcks Diktat“ geschrieben und dieser sei der eigentliche Urheber desselben, auch äußerlich, wenn es dessen noch bedürfte, widerlegt. Doch weiter:

Auf diesen Brief des Hrn. Benedetti liegt — ebenfalls auf offiziellem Papier das Konzept der Antwort (aus Paris) vor, welche beweist, daß der Eindruck des Benedettischen Entwurfs ein günstiger (dasselbst) war, aber einige Zeit um Ueberlegen der Sache in Aussicht nimmt. Es ist die Rede davon, daß der König der Niederlande für Luxemburg eine Entschädigung von preussischem Gebiete haben müsse; die Geldopfer, welche der Vertrag fordern könne, werden erwogen, gleichzeitig die Ansicht aufgestellt, daß die nach der früheren Bundesverfassung gültigen Befestigungsrechte in den Bundesfestungen erloschen seien, und daß ihre Aufrechterhaltung in Süddeutschland mit der Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten unvereinbar sei werde. Man verzichtet auf Landau und Saarlouis, bezeichnet es aber als einen „acte de courtoisie“, wenn Preußen durch Entgiftung dieser beiden Plätze den aggressiven Charakter derselben für Frankreich verschwinden lassen wollte. Zugleich wird angedeutet, daß man in Paris die Einigung Deutschlands als eine „dans un temps prochain“ (in naher Zeit) unvermeidliche Eventualität betrachte.

Dann werde Frankreich eine natürliche und fast zwingende Veranlassung haben, sich Belgiens zu bemächtigen. Aus weitem Doku-menten, die dem Reichsanzeiger zu Gebote standen, geht hervor, daß Benedetti sich dem Grafen Bismarck gegenüber nicht recht sicher fühlte. Dieser scheine Mißtrauen zu hegen, daß Napoleon nur Preußen und England (durch Belgien) entzweien wolle. Bismarck halte für nöthig, daß Preußen mit einer der Großmächte allirt sei; wenn man die Allianz Frankreichs ablehne, so zeige dies, daß man ein andern sicher zu sein glaube. Dabei eine Hindeutung auf Manteuffels Sendung nach Petersburg! Im Spätsommer 1867 trat eine Pause in diesen geheimen Verhandlungen ein. Doch gab man in Frankreich es nie ganz auf, darauf zurückzukommen: dies zeigte z. B. der Streit wegen der belgischen Eisenbahnen.

Der Artikel des Reichs-Anzeigers schließt mit der folgenden Andeutung, die man in Frankreich wol verstehen wird:

Wir haben nicht die Absicht, Enthüllungen zu machen, welche über den Zweck der Abwehr hinausgingen. Wir beschränken uns darauf, die falschen Auffassungen über die deutsche Politik zu berichtigen, zu denen die Darstellung des Grafen Benedetti Veranlassung geben könnte. Bis wir von neuem genöthigt werden, uns dieser Aufgabe zu unterziehen, werden wir der Versuchung widerstehen, das reichhaltige und lehrreiche Material, welches zu unserer Verfügung steht, ausgiebiger zu benutzen.

Durch diesen Schluß verliert die Rechtfertigung Benedettis noch mehr an Bedeutung. Welche Rücksichten übrigens den Fürsten Bismarck abhatten, die geheimen Aktenstücke, auf welche der Artikel hinweist, zu veröffentlichen, ist uns nicht klar.

## Deutschland.

© Berlin, 23. Oktober. Die heutigen Beratungen des Reichstages waren ebenso interessant als wichtig. In Rede stand zunächst das Reichskriegsschatzgesetz. Das Haus hat die Vorlage der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen. Dies Verfahren über- setzt man sich, Angesichts der herrschenden Vorliebe für Plenardiskussionen fast sämtlicher Entwürfe, im Parlament dahin, daß die Vorlage geändert werden soll. Auch will der Reichstag, ehe er über den Kriegsschatz sich schließt, erfahren, wie es mit den bis jetzt gezahlten Kontributionsgeldern stehe, wo sie geblieben seien und was mit den etwa noch vorhandenen Resten geschehen solle. Der Reichstag sieht, wie die heutigen Debatten konstatiren, die Bildung des Kriegsschatzes nicht als eine so dringliche Sache an, daß er nicht zuvor der allergründlichsten Prüfung unterzogen werden könnte. Man hat innerhalb der liberalen Majorität ein gewisses Unbehagen bei dem Gedanken, daß 40 Millionen zu einem todtten Kapital gemacht werden sollen. Löwe (Calbe) möchte am liebsten die ganze Summe, Miquel wenigstens die Hälfte jinsbringend angelegt wissen. Das wird dem Bundesrath

wenig zusagen und er wird gegen das eine wie gegen das andere Postulat sein Veto einlegen. Allein nicht wird er in der Lage sein, sich einen Zusatz zum Gesetz zu verbitten, der bestimmt, daß der Reichskriegsschatz nicht eher gebildet wird, als bis der preussische Staatsschatz aufgelöst ist. Ihn aufzulösen ist Camphausen's ernste Absicht; hierüber läßt der Herr Finanzminister keinen Zweifel aufkommen. Inbezug der Reichstag vergegenwärtigt sich den möglichen Widerspruch des Herrenhauses, und läßt also der Reichstag zu, daß der Reichskriegsschatz sofort zu Stande kommt, so könnte geschehen, daß neben ihm der preussische Staatsschatz fortexistirt, weil ihn die preussische Regierung des Herrenhaus-Widerstandes halber nicht aus der Welt zu schaffen möchte. Dann hätten wir, gegen die Intentionen der Reichsgegesetzgebung und der preussischen Regierung wie des preussischen Abgeordnetenhauses plötzlich 70 Millionen todttes Kapital, und das wäre etwas zu viel, so gar dem Finanzminister Camphausen. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß man wegen des Reichskriegsschatzes sich verständigen wird. Die Bedenken, die dagegen laut geworden, sind rein wirtschaftlicher, nicht politischer Natur. Der letzte Krieg hatte die Vortheile großer Baarsummen, über die sofort zu disponiren war, zu deutlich erkennen lassen, als daß auch nur Einer sich fände, der den politischen Nutzen des Kriegsschatzes leugnen könnte oder möchte. Der Reichstag ist — und das sieht ihm gut an — sehr eifersüchtig auf sein Finanzrecht. Er konnte dies nicht beim Reichskriegsschatz erkennen lassen, aber er sprach sich hierüber um so deutlicher bei dem Gesetz bezüglich der Kontrolle über den Reichsetat pro 1871 aus. Die hierbei gefaßten Beschlüsse werden allseitig befriedigen.

Der Kaiser hat genehmigt, daß die Bewegungen für den Eisenbahntransport der 11. und 24. Division (welche bekanntlich aus Frankreich beinkehren) sofort beginnen können, so wie, daß Alles dahin vorbereitet werde, daß mit der Räumung der südlichen und westlichen Departements am 21. d. M. angefangen werden konnte. Zur Verhütung einer Ueberschreitung der konventionmäßigen Stärke der künftigen Okkupations-Armee von 50,000 Mann ist ferner angeordnet worden, die Bataillone der in Frankreich zurückbleibenden Divisionen durch Rücksendung der ältesten Mannschaften auf die etatsmäßige Friedensstärke der Bataillone der alten Garde-Infanterie-Regimenter zu reduciren.

Wie die bairischen Blätter mittheilen, dürfte nun von Seite Baierns in kürzester Zeit dem Bundesrath der Gesetzentwurf wegen Einführung des deutschen Kriegsdienstgesetzes in Baiern vorgelegt werden und demzufolge dem Reichstage wohl noch während seiner gegenwärtigen Session zugehen.

Der Dr. jur. Gustav Rasch hat vom General-Auditeur Fled nachstehenden Bescheid erhalten:

Euer Wohlgebohren sende ich Ihren Antrag auf gerichtliche Verfolgung des Generals Vogel von Falkenstein vom 12. d. M. in der Anlage ergebenst zurück, da ich nicht — wie Sie annehmen — General-Staatsanwalt der Armee, sondern Vorsitzender des preussischen obersten Militärgerichtshofes bin und als solcher weder die Verurtheilung noch die Verpflückung habe, Anträge von Privatpersonen auf gerichtliche Verfolgung an Militärpersonen vorzunehmen und in amtlicher Eigenschaft zu befördern. Berlin, den 13. Oktober 1871. Der General-Auditeur der Armee. gez. Fled.

Der „Frankf. Btg.“ wird von hier geschrieben: Trotz der fünf Milliarden denkt weder die Reichsregierung noch die Landesregierung an Aufhebung oder Beseitigung irgend welcher Steuer. Ja, was noch unglaublicher, man beschäftigt sich ernstlich mit neuen Steuern. Im Reichsfinanzamt wird ein neues Biersteuergesetz ausgearbeitet. Nachdem das Zollparlament 1870 die Besteuerung des Stärkezuckers noch im Sommer 1870 abgelehnt hat, soll das neue Steuergesetz nicht nur den Stärkezucker, sondern alle Malsurrogate treffen. Das Landesökonomiekollegium wird sich im November mit der Steuerreform beschäftigen. Hier kommt das Projekt des Tabaksmonopols zur Debatte. Dieses Projekt hat nicht nur auf Seiten der Konservativen und Freikonservativen, sondern auch unter nationalliberalen Landwirthen entschiedene Freunde. Andererseits hat der Vorschlag der Fortschrittspartei, bei Vertheilung der Kriegsschatzabfindung die Aufhebung der Salzsteuer zu dekretiren, bei den Nationalliberalen keinen Anklang gefunden. Auch von der Aufhebung des Zeitungsteuern ist es wieder ganz stille geworden.

In den Strafanstalten der Monarchie ist, wie mehrfach gemeldet wird, in neuerer Zeit eine erhebliche Verminderung der Gefangenen eingetreten, wohl vorzugsweise in Folge der mildernden Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches. Es soll bereits die Verminderung der Zahl der Strafanstalten selbst in Aussicht genommen sein, schreibt die „Kreuztg.“

Der Unterstaatssekretär Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Lehner ist gestern früh nach kurzem Unwohlsein in Folge eines Herzschlages gestorben. Derselbe gehörte seit länger als 25 Jahren dem Kultusministerium an.

Die Bestimmung im Artikel 3 der zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Königreich Württemberg unter dem 21.—25. Novbr. 1870 abgeschlossenen Militär-Konvention, welcher zufolge die königlich württembergischen Truppen das XIV. deutsche Bundes-Armee-Corps zu bilden haben, ist im Einverständnis beider kontrahirenden Theile dahin abgeändert worden, daß das königlich württembergische Armee-Corps als XIII. Bundes-Armee-Corps dem deutschen Reichsheere eingereiht wird.

Danzig, 21. Oktober. Das Komite zur Feier der hundertjährigen Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Königreich Preußen, welches mit der Ausführung der Beschlüsse der Versammlung der Deputirten der einzelnen Kreise und Städte vom 2. Oktbr. c. betraut ist, hat seine Thätigkeit am 8. d. M. mit einer Sitzung begonnen, deren hauptsächlichster Gegenstand zunächst die Repartition der auf 50,000 Thlr. veranschlagten Kosten der Feier nach Maßgabe der in der Versammlung vom 2. Oktober dem Komite bezeichneten Grundsätze war. — Die Herren v. Winter und v. Fockenberg werden



bei ihrer Anwesenheit in B. als Reichstagsabgeordnete daselbst einleitende Schritte wegen der Herstellung des Denkmals Friedrich des Großen eröffnen und gleichzeitig mit Historikern in Verbindung treten, um die Herstellung des wissenschaftlichen Geschichtswerkes über Westpreußen anzubahnen. (D. 3.)

**Frankfurt, 21. Okt.** Das erste Blatt der „Frankfurter Zeitung“ ist heute Abend konfisziert worden.

**Münch, 21. Okt.** Morgen tagen hier Mitglieder der Großloge Bayern, sowie der zu derselben gehörenden Tochterlogen. Wie man hört, wird Geh. Rath Bluntschli, der den Verhandlungen beiwohnen wird, eine Vereinigung der süd- und norddeutschen Logen beantragen.

## Oesterreich.

In der Wiener Altthalkirchenfrage hat nunmehr auch das kaiserliche Kultusministerium gesprochen. Der Erzbischof hatte nämlich den Kultusminister ersucht, den Altthalkirchengottesdienst in der Salvatorkapelle zu inhibiren, und erhielt hierauf die Antwort, daß der Minister „bedauernd, diesem Ansinnen nicht entgegenkommen zu können, da es sich in dem vorliegenden Falle der Wichtigkeit nach um die Frage handelt, ob Alois Anton berechtigt sei, überhaupt und in der genannten Kapelle insbesondere gottesdienstliche Funktionen zu verrichten — eine Frage, welche unzweifelhaft innerkirchlicher Natur ist und sohin nach der bestehenden Gesetzgebung der Inneren der Staatsverwaltung sich entzieht.“

**Lemberg, 18. Okt.** Die gestern geschlossene Galizische Landtagsession ist ungeachtet ihrer kurzen, kaum fünfzehntägigen Dauer reich an wichtigen Beschlüssen gewesen, die größtentheils erst in den vier letzten Sitzungen fast ohne Disziplin gefaßt wurden. Seine politische Richtung hat der Landtag manifestirt in der Adresse an den Kaiser. Er verspricht darin, das vom Ministerium Hohenwart erstrebte Ausgleichswerk aus allen Kräften zu unterstützen, und wenn er auch erklärt, daß Galizien nur durch die Gewährung der bekannten Resolutionsforderungen befriedigt werden könne, so läßt er doch zugleich ziemlich verständlich durchblicken, daß er, um das Zustandekommen des Ausgleichs nicht zu hindern, sich zu Konzessionen geneigt finden lassen werde. Die Adressen haben als politisches Resultat ferner herausgestellt, daß der Bruch zwischen den beiden ruthenischen Fraktionen, der ruffenfreundlichen Pawlikowschen und der polenfreundlichen Lwowowschen, ein vollständiger und unhaltbarer ist, und daß die ruthenische Partei eben wegen ihres tiefgreifenden inneren Zwiespaltes nicht mehr im Stande ist, den polnischen Bestrebungen ein erhebliches Hinderniß in den Weg zu legen. Von andern politischen Kundgebungen des Landtages verdienen noch drei Beschlüsse Erwähnung. Der eine verlangt die vollständige Ruthenisierung des hiesigen akademischen Gymnasiums, dessen Unterrichtssprache in den drei oberen Klassen bisher die polnische war, der zweite die allmählich durchzuführende Polonisierung des hiesigen deutschen Gymnasiums, der dritte die mögliche Erleichterung der Erwerbung des galizischen Bürgerrechts für alle im Auslande lebenden polnischen politischen Flüchtlinge (Emigranten) aus Preußen und Rußland, welche in Galizien ihren dauernden Wohnsitz nehmen wollen. Die schreiende Ungerechtigkeit des dem fanatischen Deutschenhaß Ausdruck gebenden zweiten Beschlusses leuchtet von selbst ein und man zweifelt, daß er die kaiserl. Sanction erhalten wird. Von hervorragender praktischer Bedeutung und heilsam für Galizien ist eine lange Reihe von Beschlüssen, welche der besseren Organisation und Hebung des öffentlichen Wohlthätigkeitswesens und die Vervollständigung des galizischen Chausseenezes betreffen. (Off. 3.)

## Niederlande.

Im Haag sind von einem Volkshaufen dem Finanzminister die Kisten eingeschlagen worden. Wie wir jetzt aus den dortigen Blättern erfahren, sind diese Erseße gegen den Minister durch die von ihm proponirte Besteuerung des Einkommens hervorgerufen worden. Der Entwurf hat wenig Aussicht, zum Gesetze erhoben zu werden.

## Frankreich.

In Paris sind neue Verhaftungen erfolgt, die eines gewissen Lucas, desselben, an welchem Ferré die bekannte Ordre gerichtet hatte: Faites flamber finances. Einer der aus dem Lager von Satory Entflohenen, Namens Lagrange, ist ebenfalls wieder dingfest gemacht worden. Ferner wurde man eines gewissen Cerisier habhaft, Chef der 14. Legion, des Mannes, welcher, wie man im Verlauf der Versailler Prozesse gesehen, bereits die Weisung zur Erschießung der Geiseln gegeben hatte, die im Gefängnis der Santé untergebracht

waren. Schon einmal verhaftet in den von Paris, hatte er mit Anderen nach fu. fort erschossen werden sollen. Es besaß die Ge. Momente der Exekution wie todt auf die Erde zu erstemal zu entkommen. Seitdem hielt er sich bei einem Freunde borgen, der aber am Quartalsstage die Wohnung wechseln mußte, so daß Cerisier bei Gelegenheit des Umzuges erkannt und verhaftet werden konnte.

Der Versailler Korrespondent der „Köln. Ztg.“ gibt folgende Uebersicht der Parteigruppierung der pariser Blätter:

In der abgesetzten Hauptstadt Frankreichs erscheinen gegenwärtig 31 große politische Zeitungen. Man kann dieselben folgender Maßen klassifiziren. Sechs gemäßigete republikanische Zeitungen: Avenir National, Bien Public, National, Opinion Nationale, Soir, Temps; fünf radikale Journale: Cloche, Constitution, Peuple Souverain, Radical, Siècle; fünf konservativ-liberale: Constitutionnel, Journal des Debats, Gazette de Paris, Moniteur Universel, Liberté; acht bonapartistische: Avenir Liberal, France, Gaulois, Ordre, Paris-Journal, Patrie, Pays, Presse; zwei orleanistische: Journal de Paris und Français; fünf legitimistische und ultramontane: Figaro, Gazette de France, Monde, Union, Univers. Wenn man die der Republik feindlichen Zeitungen zusammenzählt, so erhält man 15, während die republikanischen, radikalen und liberalen Blätter 16 ausmachen. Unter den radikalen Blättern sind aber zwei gegen Thiers und die Männer seiner Umgebung. Diese reihen sich also in dieser Beziehung den monarchischen Blättern an, so daß nur 14 Freunde gegen 17 Gegner stehen. Und unter den ersten sind nur das Bien Public und der Soir unbedingt ergebene Anhänger. Der Peuple Souverain und die Cloche sind zwar voll Rücksichten gegen Thiers, scheuen sich aber nicht, Casimir Perier derb zuzusetzen.

Im „Pays“, welches seit dem Kriege eine farblos konservative Tendenz beobachtete, hat Paul de Cassagnac seine redaktionelle Thätigkeit wieder aufgenommen. Er gesteht in seinem ersten Artikel, daß er nach Sedan selbst das Kaiserreich verloren gegeben hätte; von den großen Fehlern, die es begangen hätte, sei der größte, ja ein wahres Verbrechen sei es gewesen, die Regierungsgewalt, welche die Nation ihm ausgenommen hatte, unvorsichtig zu verzerren. Mit einem Worte, sagt Herr Paul de Cassagnac, wir kehren zum Kaiserreich zurück, nicht aus Begehrlichkeit für die Vergangenheit, sondern aus Eitel für die Gegenwart und aus Furcht in Betreff der Zukunft.

Das „Journal des Debats“ meldet: Der Ministerath beschloß, alle Militärs gerichtlich zu verfolgen, welche gegen die Untersuchungskommission öffentlichen Insulten ausgesprochen.

Durch Rundschreiben vom 8. Oktbr. hat die Regierung den Präsesen eingeschärft, fest auf die Beobachtung von Art. 51 des organischen Gesetzes über die Generalräthe zu dringen, dessen letzter Paragraph lautet: „Alle politischen Wünsche sind ihm (dem Generalrathe) untergeordnet; indes kann derselbe über alle volkswirtschaftlichen Fragen und über die der allgemeinen Verwaltung Wünsche aussprechen. Ein offenes Schreiben Gambetta's bietet den Blättern Stoff zu Betrachtungen über diesen Gegenstand. Ein Mitglied des Generalraths des Allier, Herr Cornil, hat die gewünschte Veranlassung gegeben, indem er sich an Gambetta mit der Frage wandte, was er von den Wahlen und der Haltung denke, welche die Gewählten der Demokratie in den Generalräthen als Richtschnur nehmen sollten. Gambetta erklärt, daß, wenn er Generalrath wäre, er sich „streng jeden Uebergriff auf das Gebiet der allgemeinen Politik verweigern würde“, als Republikaner würde er sich verpflichtet halten, die Natur und Kompetenz des Rathes nicht zu beeinträchtigen, sondern mehr als je die Verwaltung von der Politik zu trennen suchen; die Generalräthe in gesetzgebende Versammlungen in keinem Maßstabe verwandeln wollen, hieße zugleich einen Uebergriff machen und ein schlechtes Beispiel geben; er (Gambetta) werde weder die Auflösung der Nationalversammlung von Versailes, noch die Ausrufung der Republik, noch ähnliche Schritte der allgemeinen Politik beantragen, sondern seine Bemühungen auf das Gebiet der Verwaltung und der Lokalinteressen beschränken; „auf diese Weise werde die Demokratie die reichen Hilfsquellen des Landes an Macht und Kraft erschließen und Frankreich langsam und ohne Abenteuer wieder zu dem Range erheben, der ihm in der Welt gehöre, die gewaltsam ihm entziffenen Provinzen zurückerobern und aus seiner hergestellten Größe das Unterpfand des europäischen Friedens machen.“ Dies des langen Schreibens kurzer Sinn. Wie der Schluß zeigt, sind die Generalräthe in den Augen des Ex-Diktators die Hebel künftiger Mache; sie sollen keine allgemeine Politik treiben, aber Alles zu dem Einen zulassen, das Gambetta in die Formel gebracht hat: „Krieg auf's Aeußerste.“ Gambetta hat sich die Tal-

\* **Wiesbaden, 17. Oktbr.** Aus dem Dorfe Menderoth wird dem „N. N.“ berichtet, daß daselbst am 13. d. die vor 14 Tagen zur Ruhe beifetzte Leiche eines Schulknaben von Arborn aus richterlichen Befehl wieder ausgegraben wurde, um gerichtsärztlich festzustellen, ob der Knabe in Folge körperlicher Züchtigung, welche derselbe von dem dortigen Lehrer angeblich erhalten haben soll, gestorben sei. Die Untersuchung soll allerdings festgestellt haben, daß der Knabe in Folge großer Blutanammlung im Kopfe gestorben sei; doch hätte dem Lehrer die Ursache, wenn sie überhaupt festzustellen ist, nicht zur Last gelegt werden. Der Lehrer war bereits von den anwesenden Gensdarmen in Haft erklärt, wurde aber nach geschlossener Untersuchung, resp. Verathung der Aerzte wieder auf freien Fuß gesetzt.

\* **Enttüllter Betrug.** Die Aachener Polizeibehörde ist einem fein angelegten Schwindel auf die Spur gekommen, welchem zunächst die bekannte Champagnerfabrik von Deutz und Geldermann in Aix zum Opfer anserben war. Genanntes Haus erhielt nämlich in diesen Tagen ein aus Aachen datirtes Schreiben von einer Firma: „C. Marier und Comp., epicerie centrale, maison fondée en 1829“ (so lautet der gedruckte Kopf des Briefes), in welchem zunächst Proben und Preisangaben verlangt werden, um danach größere Bestellungen zu machen. Als Adresse des Hauses wird Alexanderstraße Nr. 6 angegeben; als Referenz das Bankhaus Kulmann Frères und Comp., Büchel 51. In Folge zufälliger Kenntniß der Aachener lokalen Verhältnisse erschien das Schreiben dem Hause Deutz und Geldermann verdächtig, und wurde dasselbe der Aachener Polizeibehörde zur näheren Untersuchung überfendet. Dieselbe ergab, daß der Besitzer des Hotels St. Martin (Alexanderstraße Nr. 6) um dieselbe Zeit aus Belgien einen Brief von der angeblichen Firma Marier und Comp. erhalten hatte, worin derselbe ersucht wurde, eingehende Briefe bureau restante Vilvorde zu senden, sowie eingehende Warensendungen zu deren Verfügung zu halten. Das Haus Büchel 51, worin die Bankfirma Kulmann Frères und Comp. hausten sollte, ist das Hotel „zum großen Monarchen“, welches ebenfalls durch ein Schreiben ersucht worden war, für letztere Firma eingehende Briefe nach Vilvorde in Belgien poste restante zu senden. Es war auf diese Weise Alles aufs beste eingeleitet, um einen großartigen Betrug in Szene zu setzen, welchem vermuthlich im Falle des Gelingen's weitere Schwindelcaden gefolgt sein würden. Ob die belgische Behörde, welche unterrichtet ist, im Stande sein wird, die Gauner in Vilvorde oder sonstwo abzufassen, ist fraglich; wahrscheinlich werden dieselben schlau genug sein, der Haft zu entgehen. Jedenfalls ist es angebracht, alle Handlungshäuser vor diesen Betrügern zu warnen.

\* **Ein heiteres Eisenbahnunglück** wird aus München gemeldet. Der durch seinen literalen Eifer bekannte münchener „Volksbote“ bringt in der Nummer vom 19. Oktober nachstehenden Bericht über einen auf der Ostbahn bei Weiden erfolgten Zusammenstoß: „München, 18. Oktober. Gestern ereignete sich auf der Ostbahn bei Weiden durch einen Zusammenstoß ein großes Unglück. Die Dampflokomotive des Abtheilungsführers, eine hoffnungslos zertrümmte, von ca. 17 Jahren, sowie der hochw. Hr. Kaplan Dietrich beide aus Weiden, sollen schreckliche Kontusionen erlitten haben. Zu großer Dienstfeier des zug-

führenden Konduktors soll Ursache dieses Unglücks sein.“ — Ein Zusammenstoß von Zügen ist jedoch bei Weiden glücklicherweise nicht erfolgt. Wie dem „Frankfurter Kurier“ mitgeteilt wird, hat ein Spatzvogel einen mysteriösen Vorfall bei Weiden, bei welchem jener geistliche Herr die Hauptrolle gespielt und bei welchem Lustspiel der diensthübende Konduktor den Vorhang zu früh aufzog — in komischer Weise als Eisenbahnunglück dem Volksboten angezeigt.

\* **Die jetzige Krisis in Oesterreich**, die durch das Uebermaß der tschechischen Ansprüche hervorgerufen ist, hat eine sehr erregte Stimmung im Publikum hervorgerufen, die sich in Theaterdemonstrationen kundgibt. Im Wiener Opernhaus ereignete während der Aufführung des „Lohengrin“ die Worte: „Für deutsches Land das deutsche Schwert! So sei des Reiches Kraft bewahrt!“ (im dritten Akte) einen minutenlangen donnernden Beifallsturm, von dem, wie das „Neue Fremdenblatt“ sagt, das Haus in des Wortes „verwegener Bedeutung“ erbebt! Im Carltheater gabs bei der Aufführung von Langers „Centifolie“ wieder einige Demonstrationen. Als Matras seinem Freunde, der die Mittheilung macht, er wolle eine demokratische Zeitung herausgeben, antwortete: „Diesem Unternehmen ist jetzt die Witterung nicht günstig“, brach ein stürmischer Beifall aus, und als im dritten Akte Fräulein Gallmeyer in einer das Verhältniß eines böhmischen Liebespaars schildernden Coupletstrophe den eifersüchtigen böhmischen Adonis sagen läßt: „Wenn du nochmal hinschaust auf Wiener, mach' ich Provinzkant an Donau Erdboden gleich“, wollte der Applaus kein Ende nehmen. — Auch im ungarischen Nationaltheater in Pest kam es am 14. zu einer Demonstration gegen die Tschechen. Gegeben wurde das Stück: „Toldi Miklos“. Nachdem der tschechische Kiese getödtet, rufen die Kampfrichter: „Der Tscheche ist todt, nichts schadet er dem Ungar mehr“, worauf das ausverkaufte Haus in minutenlangen stürmischen Beifall ausbrach.

\* **Fräul. Josephine Gallmeyer** ist wegen eines Extempores in dem Volksstücke „Centifolie“ vor das Gericht in Wien zitiert worden. Der Richter wird in diesem Falle eine eigenthümliche Entscheidung zu fällen haben, er wird untersuchen müssen, ob eine vantomimische Bewegung als Extempore strafällig ist. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die genannte Schauspielerin schließt den Refrain ihres Couplets in diesem Stücke mit den Worten: „Wir Tschechen setzen Alles durch, denn wir haben's da!“ bei welchen Worten sie nach der Vorschrift des Autors auf die Stirne zu deuten hat. Bei der letzten Vorstellung des Stückes deutete aber Fräul. Gallmeyer statt nach dem Kopfe hinter's Ohr und darin soll die Ueberschreitung bestehen.

\* **Lebend begraben.** Dieser Tage arrangirten in einem Garten bei Linz mehrere spielende Knaben ein Leichenbegängniß; einer der Knaben wurde in einen Sad (statt des Sarges) gesteckt, in eine früher gemachte, mehrere Fuß tiefe Grube gelegt und Erde auf ihn geworfen, worauf die anderen Knaben weiter spielten. Der Vater des Knaben, welcher ihn suchte, erhielt von den Uebrigen die entsprechende Auskunft und als er sein Kind aus der Grube hervorjag, war selbes bereits leblos und nur schnelle Hilfe rettete es, doch ist dessen Zustand noch höchst bedenklich.

„Man muß recht gemacht.“ „Das Kaiserthum ist der ihm ist die Verhängung der französischen Republik dadurch, Generalrath seine Politik treiben, das Mittel, um die gewaltsam entziffenen Provinzen zurückzuerobern und aus Frankreichs hergestellter Integrität die Bürgerkrieg des europäischen Friedens zu machen.“ Im Uebrigen ist Gambetta's Brief trotz aller Breite vorzüglich auf die französische Fassungskraft berechnet.

Die „France“ theilt als erfreuliches Beispiel einer Ausnahme von dem landläufigen Egoismus, wie er sich auch bei den von den Anordnungen der Kommission für militärische Beförderungen getroffenen höheren Militärs zeigt, folgendes Schreiben des in eine niedere Charge zurückversetzten Divisionsgenerals Colin mit:

Herr Chef-Redakteur! So eben wird mir ein Brief mitgeteilt, der in Ihrer Zeitung steht und von einem höheren Offizier der Voire-Armee geschrieben ist. Derselbe betrifft meine Zurückversetzung in die aktive Armee mit dem Range eines Colonels. Ich bin dem alten Befehlsgelassen dankbar für das Zeichen seiner Zuneigung, sehe mich aber außer Stande, die Lage anzunehmen, welche mir Demonstrationen bereiten würden, die durch jene Gefühle veranlaßt sind, so ehrenvoll dieselben auch für mich sind. Die Beurtheilung der Maßregeln, die mich treffen können, steht einzig und allein meinen direkten Obern, den Generalen Chanzy und Jaurès, zu. In den schmerzlichen Zeiten, die über unser Land gekommen sind, ist patriotische Selbstverleugnung und absolute Unterwürfigkeit unter die militärischen Reglements die erste Pflicht des Generals wie des einfachen Soldaten. Genehmigen Sie u. s. w. Colin, Divisionsgeneral der Hilfsarmee, in Dispositionität zu Bulgneville.

Das „Journal officiel“ enthält folgende Note:

„Mehrere Journale werfen der Regierung vor, sich das Recht angeeignet zu haben, den Boden Frankreichs jedem Bürger zu untersagen, dessen Gegenwart die Ruhe des Landes stören könnte.“ Der Vorwurf wäre gerecht, wenn die Thatsache wahr wäre. Die Regierung hat eine solche Sprache nicht gehalten, und jeder, welcher sie in ihrem Namen gehalten, wird seine Meinung von der Regierung widersprochen sehen. Aber die Regierung hat ihr Recht, unter ihrer Verantwortlichkeit und wenn die Umstände solches erheischen, den Eintritt in Frankreich den Mitgliedern der kaiserlichen Familie zu verwehren, aufrecht erhalten.“

Die „Cloche“ schreibt: „Man spricht von einer großen, ganz gesessenen Manifestation, welche sich organisiren wird und die von der Compagnie der Bechdelagenten, dem Rathe der Bank, der Handelskammer und dem Handelstribunal eingeleitet werden soll, um die Nationalversammlung zu veranlassen, nach Paris vor dem 1. Januar zurückzufahren. Die Gegenwart der Regierung in der Hauptstadt würde dem pariser Handel den Aufschwung geben, dessen er so bedürftig, um sich von der schrecklichen Erschütterung zu erholen, zu welcher das Kaiserreich ihn verbannt hatte.“

Am 23. kommen die Velocipede und andere Spielsachen des kaiserlichen Prinzen zum Verkauf im Pavillon Jean Goujon. Das „Ordre“ ladet die Freunde der napoleonischen Dynastie ein, sich zahlreich zum Auktionen einzufinden, um diese kostbaren Erinnerungen den „offiziellen Mouchards des Herrn Thiers“ zu entreißen. Der frühere französische Generalkonsul in Newyork, Place, welcher der Unterschlagung von Staatsgeldern beim Waffenanfauf, den Frankreich während des letzten Krieges in Nordamerika machte, angeklagt war, ist am 18. freigesprochen worden. Daß die Gelder unterschlagen worden, wurde festgestellt, doch blieb es unerwiesen, daß Place dieselben mit seinen Agenten getheilt habe. Remington, mit dem diese Geschäfte gemacht wurden, sprach die Ansicht aus, daß dem so sei. Aus den Aussagen Lecesnes, des Präsidenten der Rüstungskommission, ging dies auch hervor. Was jedoch Place nutzte, war der Umstand, daß sein Verteidiger einen Brief des jetzigen französischen Generalkonsuls in Newyork an den Minister des Aeußeren vorlas, worin behauptet wird, daß Remington beim Ausbruch des Krieges sich in einer schlechten Lage befunden habe und durch seine Waffenlieferungen an Frankreich sich wieder habe herausziehen wollen, deshalb Alle, die mit ihm zu thun gehabt, des Unterschleifs angeklagt habe, um sich selbst rein zu waschen, und daß einer seiner Kommis endlich berichtet habe, daß er (Remington) in der letzten Zeit seine Bücher drei Mal habe kopiren lassen, um sie zu modifiziren. Der Verteidiger des Angeklagten brachte auch noch ein anderes Dokument vor, worin Lecesnes, der Präsident der Rüstungskommission, angeklagt wird, der Associe Remingtons gewesen zu sein, also von den skandalösen Verträgen, die er mit dem amerikanischen Waffenfabrikanten abgeschlossen, Nutzen gezogen habe. Lecesnes war beim Vortrage des Dokumentes anwesend und rief aus: C'est faux! Ob er weitere Beweise liefern wird, muß dahingestellt bleiben. Uebrigens hatte Niemand die Beurtheilung des Herrn Place erwartet. Places Bruder ist Bischof in Marseille.

\* **Barbara Uryf in der Zips.** Aus Bagendrißel schreibt man dem „Zipser Anzeiger“: In der Mitterzeile wird ein ca. 26 Jahre altes Mädchen schon drei Jahre in einem Schweinefalle, an eine Kette geschmiebt, verwahrt; die arme Elende hat seit der Gefangenschaft diesen Ort nicht verlassen, soll nie gereinigt werden, sieht schon mehr einem Thiere als Menschen ähnlich; den Winter verleiht sie in dieser Mördergrube ohne Heizung, Hände und Füße sind ihr abgefroren, so daß sie dieselben nicht mehr benützen kann; gegen alles Aeußere ist sie unempfindlich, nur auf das Wort Essen wird sie aufmerksam. Diese eines Menschen unwürdige und strafbare Behandlung verdankt sie ihrer eigenen Mutter und Schwester; sie besitzt ein von ihrem Vater stammendes Vermögen. In die politische Behörde richte ich die dringende Bitte, dieses unschuldige Geschöpf aus dieser Mördergrube zu befreien, die Schuldigen aber verdienstermaßen zu bestrafen.“

\* **Eine gestörte Verlobung.** Eine der achtbarsten israelitischen Familien in Pest ist, wie wir dortigen Blättern entnehmen, von einem entsetzlichen Schlage betroffen worden. Die jüngere sechzehnjährige Tochter hatte eine heftige Leidenschaft zu dem präsumtiven Bräutigam ihrer Schwester gefaßt, doch hatte Niemand von den Gefühlen des Mädchens eine Ahnung, am allerwenigsten der junge Mann, der das sechzehnjährige Kind stets als „Bastard“ behandelt hatte. Vor einigen Tagen sollte die Verlobung des Paares stattfinden, und hatten sich zahlreiche Gäste bei der Familie eingefunden, als plötzlich das „verschmähte“ Mädchen mit aufgelöstem Haar und wilden Miden, ein großes Küchenmesser in der Hand ins Zimmer trat und sich mit einem unartikulirten Schrei auf die Schwester stürzte. Es gelang zwar, die Unglückliche an einem Verbrechen zu verhindern, aber mit der Verlobung ist es einstweilen nichts, denn die durch den Schreck ohnmächtig gewordene Braut liegt nun an einem hartnäckigen Nervenleiden darnieder, während ihre Schwester, deren Geist umnachtet ist, einer Irrenanstalt übergeben werden muß.

\* **Von der Gemahlin Kossuth's** erzählt „M. Polg.“ folgende Anekdote: Deutlich interpellirte eine Dame einen ungarischen Schriftsteller mit den Worten: „Der ungarische Reichstag hat 1848 die Bayern und 1868 die Juden emancipirt; sagen Sie mir doch, wann er einmal uns Frauen emancipiren wird?“ Der Schriftsteller antwortete hierauf mit folgender Reminiscenz: „Als im Jahre 1851 Kossuth sammt Familie in London war, regnete es Begrüßungs-Adressen an ihn sowohl als an seine Gemahlin von den verschiedenen Korporationen, namentlich hatte auch der „Frauen-Emancipations-Verein“ Frau v. Kossuth aufgefordert, ihm beizutreten. Frau v. Kossuth beantwortete diese Einladung mit folgenden Worten: „Meine theueren Ladies! Ich habe das Glück einen Mann zu besitzen, den ich ehre, liebe und dem zu gehorchen mir eine süße Pflicht ist. Ich wünsche Ihnen, Myladies, eben solche Gatten!“

\* **Naturwahrheit auf der Bühne.** Aus der ungarischen Stadt Miskolcz wird berichtet: Die begabte und allgemein beliebt gewesene Schauspielerin des hiesigen Theaters, Frau Amalie Gasspar, geborene Gaal, hat bei der Aufführung der „Delila“, wo sie jenes unglückliche Mädchen gab, das einer herzlosen Frau wegen von seinem Geliebten



Wie das „Journal des Debats“ meldet, ist der Aktionskreis des Aufstandes in der Provinz Constantine durch einen bedeutenden Erfolg des Generals Sauffier wesentlich eingeschränkt worden. Für Bucaada ist jetzt nicht mehr zu fürchten und nur an der tunesischen Grenze herrscht noch große Aufregung. General Sauffier hat unter dem 8. Oktober an den General de Lacroz einen Bericht über seinen Sieg erstattet, an dessen Schlusse es heißt:

Das Resultat dieses herrlichen Tages ist ein hochwichtiges. Zweitausend beladene Kameele, mehrere Viehheerden, die Zelte des Feindes, Tragesseln, Teppiche und Reisvorräte wurden nach dem Lager gebracht. Die Verluste der Rebellen an Leuten und Pferden waren bedeutend, an Material ansehnlich. Der Erfolg des Tages ist also ein so vollständiger, wie nur möglich. Die beiden Hauptführer des Aufstandes sind als Flüchtlinge in das Gebirge zurückgeworfen. Wir unsererseits hatten acht Kavalleristen und vier Infanteristen verwundet, mehrere Pferde getötet oder verwundet.

## Portugal.

Lissabon, 13. Okt. Der italienische General Lamarmora hat sich ungefähr eine Woche hier aufgehalten, ist vom Hofe, obwohl er unter einem anderen Namen reiste, empfangen worden und soll von hier nach Madrid weiter gereist sein. Das Gerücht bringt seine Reise mit der Annäherung des italienischen Kronprinzen im verflochtenen Sommer in Verbindung und schreibt ihm eine geheime Mission zu, die mit dem Projekte einer iberischen Union zusammenhänge und einen Rücktritt des Königs Dom Luis zu Gunsten Amadeo's von Spanien vorbereiten solle. Die große Mehrheit der Portugiesen will von solchen Intrigen nichts wissen, und England natürlich eben so wenig. Doch schließt dies nicht aus, daß man in Florenz, Madrid und in gewissen Kreisen auch hier eine Verwirklichung des Planes für nicht aussichtslos hält.

## Italien.

Rom, 21. Oktober. Frankreich und Spanien werden ihre Gesandten beim Papste abberufen. Nur der Geschäftsträger Choiseul kommt wieder. Ende Oktober wird der Nuntius Chigi wegen der französischen Bischofsnennungen im Vatikan erwartet. Picard erhält den Gesandtschaftsposten Choiseul's. (W. Br.)

## Großbritannien und Irland.

London, 20. Oktober. In den nächsten Tagen will der Handwerker-Verein eine Auseinandersetzung seiner mit den Lords gepflogenen Unterhandlungen veröffentlichen. Da wird es endlich klar werden, wie viel oder wie wenig in dieser Sache geschah. Denn das alles darüber Erzählte pure Erfindung sei, ist positiv unwahr. Von allen denen, die bisher versicherten, daß sie den berufenen Part weder gut geheiß, noch unterzeichnet hätten (Corney, Salisbury, Northcote, Hardy und Derby), sagte kein einziger, daß ihm die Sache neu sei, daß er früher darum nichts gewußt habe. Sie stellen nur das Definitivum in Abrede, somit etwas, was von besser unterrichteter Seite niemals behauptet worden war.

In London haben die Sammlungen für Chicago bereits die Höhe von 33,000 £. erreicht, und nachdem der hiesige amerikanische General-Konsul bekannt gemacht hat, daß Kleidungsstücke und Decken für die Hilfsbedürftigen kostenfrei eingeführt werden dürfen, steht nicht zu bezweifeln, daß sich auch nach dieser Richtung hin der Wohlthätigkeitssinn des englischen Volkes betätigen wird. Die letzten Kabel-Telegramme melden, daß die Kaufleute Chicagos meist ihre Geschäfte wieder aufgenommen haben und daß bereits 3000 provisorische Wohnstätten wieder errichtet worden sind.

## Amerika.

Unter der Ueberschrift: „Der Krieg gegen die Vielweiberei“ bringt die „New-York Tribune“ folgende vom 2. d. datirte Depesche aus der Salzseestadt Utah:

Brigham Young wurde heute Nachmittag um 4 Uhr auf Grund der Anklage vor der Grand Jury, welche ihn in Gemäßheit des Gesetzes von Utah des unmoralischen Zusammenlebens mit sechs- zehn verschiedenen Frauen beschuldigt, arretirt. Die Haftnahme fand Seitens des Vereinigten Staaten-Marschalls Patrick in Youngs Wohnung statt. Da der Gefangene krank war, wurde ihm gestattet, die Nacht unter der Obhut des Vice-Marschalls in seiner Behausung zubringen. Morgen wird er dem Richter Mc. Kean vorgeführt. Die

verlassen wird, Gift genommen. Nicht nur dem Publikum, sondern auch den Mitspielenden war die ergreifende Wahrheit aufgefallen, mit welcher sie ihre tragische Rolle darstellte. Sie hatte auf der Bühne selbst sterben wollen, allein das Gift fing erst nach vier Stunden zu wirken an. Als der Arzt kam, wollte sie durchaus keine Arznei nehmen und erst am anderen Tage gestand sie ein, sich vergiftet zu haben. Doch war es bereits zu spät. Die Standhaftigkeit, mit der sie litt und lächelnd die Fragen des Arztes beantwortete, das freudig verklärte Antlitz, mit dem sie von den ihr Sterbelager Umstehenden Abschied nahm, machten auf Alle, welche Zeuge davon waren, einen unaussprechlichen Eindruck. Das Geheimniß der wahren Ursache, welche sie in den Tod getrieben, hat sie mit ins Grab genommen.

\* Was bedeutet Badinguet? In der „Voss. Ztg.“ hatte Theodor Fontane die Entstehung des Wortes Badinguet auf den Maurergesellen dieses Namens, welcher Napoleon zur Flucht aus Ham verholfen hatte, zurückgeführt. Darauf erhielt er eine anonyme Zuschrift, worin ihm mitgeteilt wurde: Badinguet sei kein Personennamen, sondern die allgemeine Bezeichnung für Maurerlehrling. Daraufhin antwortet nunmehr Fontane: „Ich hörte die Geschichte, nach deren Wortlaut der Maurergeselle Badinguet das Werkzeug zur Befreiung Louis Napoleons wurde, nicht nur in der von mir mitgetheilten Weise in Ham erzählen, sondern auch schon, vor jetzt gerade Jahresfrist, in Besangon. Der Erzähler an letzterem Ort war ein Valtigner-Korporal, ein blühender, bildhübscher, das pariser Leben aus mehrjähriger Anschauung kennender Geselle, der mir, ebenso wie der Kommandant in Ham, die Geschichte deutsch mittheilte, so daß von einem Mißverständnis, was bei französischem Vortrage möglich gewesen wäre, nicht wohl die Rede sein kann. Uebrigens haben mir später auch Franzosen den Namen Badinguet als Familiennamen des betr. Maurers genannt.“

\* Tunnel oder Brücke. Die Wiederbelebung des Projektes zur Anlage eines unterirdischen Tunnels zwischen Dover und Calais hat natürlich die alte Streitfrage unter den Ingenieuren, ob eine Brücke oder aber ein Tunnel vorzuziehen sei, wachgerufen. Auf die Einzelheiten dieser Kontroverse können wir uns nicht einlassen, und bemerken nur, daß der bekannte Ingenieur George Remington in der „Times“ seine Ansicht dahin ausspricht, eine Brücke sei durchaus unpraktisch und eine Tunnelströmung bleibe das einzig Mögliche.

\* Selbst ein Vole ist indignirt über das Benehmen, dessen sich die französischen Teilnehmer des vorgeschichtlichen Kongresses zu Bologna im Allgemeinen und gegen die Deutschen insbesondere betätigten. Der Berichterstatter des „Ziennit“ schreibt nämlich: „Die Deutschen, vielleicht im Gefühl, daß ihre Lage den Franzosen gegenüber schwerer sein werde, sandten fast gar keine Vertreter; der verbrüderungswürdige Dr. Birchow hatte von den zahlreich versammelten Franzosen und selbst von Herrn de Quatrefages viel auszusprechen. Anstatt dessen gaben die italienischen Gelehrten und Professoren dem Dr. Birchow ein Diner. Die Franzosen bemüht sich überall neben den Italienern die erste Stelle einzunehmen und die andern Nationalitäten mit Geringschätzung zu behandeln. Karl Vogt handelte praktisch, indem er sich als Schweizer einschrieb.“ Auch von anderer Seite

gelegliche Strafe, welche dieser Anklage, wenn erwiesen, folgt, ist sechs Monate bis zehn Jahre Gefängniß und 100 bis 1000 Dollars Geldbuße. Gerichten von einer Rebellion der Mormonen darf kein Glauben beigemessen werden, da die Mormonenführer versichern, daß allen gerichtlichen Befehlen Folge geleistet werden wird. Gouverneur Woods hat für jede Eventualität Sorge getragen und wird das Gesetz zu jedem Preise aufrechterhalten. Von Fort Bridger kam heute Abend eine weitere Compagnie Vereinigte Staaten-Truppen an. Es heißt und man glaubt allgemein, die Grand Jury habe Brigham Young heute des Mordes angeklagt. Die „Tribune“ bemerkt hierzu: „Es ist unmöglich, mit einiger Gewißheit das Ergebnis der legalen Prozedur gegen die polygamistischen Häupter der Mormonenkirche vorauszusagen, aber die Prozedur ist an und für sich ganz regelrecht und wir haben schon lange darauf gewartet. Der wegen Ehebruchs stattgefundenen Verhaftung Brigham Youngs reiht sich die des Bischofs Wells, der mormonische Bürgermeister der Salzseestadt und ein hoher Würdenträger in der Kirche der „Heiligen“ an. Die „Dittlements“ sind in ihren Aufschuldigungen bescheiden, indem Young nur mit sechs- zehn Weibern und Wells nur mit einer überflüssigen Gefährtin seiner Freunde und Leiden kreditirt wird, während es notorisch ist, daß beide viel mehr besitzen. Wir können die Zahl der angeklagten Mormonen nicht angeben, aber es ist einleuchtend, daß die Verhaftung und der Prozeß einer großen Anzahl nicht die auffallende moralische Wirkung haben würde, welche den Prozeß und die Verurtheilung von einem oder zwei Mormonenführern begleiten dürfte.“

Aus den interessantesten Einzelheiten über den Fortgang der Agitation gegen die Mißverwaltung der städtischen Finanzen, die uns die neuesten Postnachrichten aus New-York vom 6. d. gebracht haben, ist zu ersehen, daß der Siebziger-Ausschuß alles Mögliche thut, um die ganzen Betrügereien bloß zu legen und die ganze Spitzbubenbande den Gerichten zu überliefern. Es ist erfruchtlich zu sehen, daß der Richter Barnard den Muth hat, für die gute Sache einzustehen und öffentlich die Erklärung abzugeben: „Fast alle durchgängigen Pferde und durchgängigen Franzosen werden aus der Stadtkasse ausgehalten — die Herren von der Jury mögen der Sache ihre vollste Aufmerksamkeit schenken, damit einige von den Leuten, welche jetzt im Gemische von Sineuren sind, ernstlich an die Arbeit gehen und ihr Leben auf ehrliche Weise fristen, falls sie dies noch können, oder aber daß sie sich auf den Straßenraub verlegen, und daß wir im Stande sind, sie ins Gefängniß oder an den Galgen zu schicken.“ Durch solche Neben ermutigt, hat der Bürger-Ausschuß eine Kriminal-Prozedur gegen den Mayor Hall anhängig gemacht, von der sie sich allerdings vorerst noch nicht versprechen, da der Mayor viele Freunde hat und ohne Zweifel im Stande sein wird, die Geschworenen-Bänke mit diesen zu besetzen. Aber trotz allen Schwierigkeiten ist der Ausschuß entschlossen auf das Entscheidende vorzugehen, und seine Hoffnungen auf Erfolg haben sich durch die Thatfache gekräftigt, daß bereits einer von den Lieferanten, welche ihre Tische aus den städtischen Sädel gefüllt haben, ein reumüthiges Geständniß abgelegt und vollständigen Schadenersatz versprochen hat. Derselbe — John S. Kayser mit Namen — hat eingestanden, daß er 650,000 Dollars auf diese Weise in die Kasse gesteckt, welche er jetzt wieder auszuliefern verspricht. Man erwartet, daß andere Lieferanten seinem Beispiel folgen werden.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Oktober. [7. Sitzung.] 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes saßen Bismarck, Delbrück, Camphausen, v. Präses, v. A. Der Abg. v. Hage-Madsen (6. Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder) hat sein Mandat niedergelegt. An das Präsidium ist der Entwurf des Rahmengesetzes gelangt.

Die erste Beratung, betreffend die Bildung eines Reichskriegsschatzes, wird durch den Abg. Dr. Löwe eröffnet. Diese Vorlage, führt der Redner aus, dürfte nur im Zusammenhang mit dem Gesamtplan der Verwendung der Kriegsschatzung eingebracht werden und keinesfalls früher, bevor der preussische Kriegsschatz, an dessen Stelle der Reichskriegsschatz treten soll, auf gleichem Wege unter Zustimmung der beteiligten drei Faktoren aufgehoben worden ist. Daß dies geschehen wird, wissen wir aber nicht mit Sicherheit und selbst eine Erklärung vom Bundesrathstisch kann uns darüber nicht vergewissern, denn wenn auch das preussische Ministerium und das Abgeordnetenhaus einig sein sollten, so können wir nicht voraussetzen, ob das Herrenhaus Widerstand leistet. Für mich sind in erster Linie die wirtschaftlichen Gründe entscheidend. Ich glaube, daß das Ausland keineswegs die kleinsten, finanziellen Bedenken rechtfertigen wird, durch welche die Vorlage motivirt ist. Das Ausland wird nicht begreifen, daß der Mangel an 40 Millionen baaren Geldes uns bei Beginn eines Krieges wesentlich hemmen wird. Nicht die ersten 40 Millionen sind es, auf die es im Kriege ankommt, sondern die letzten. Der Grundgedanke

wird berichtet, daß die französischen Kongreßtheilnehmer den deutschen nicht die Hand reichen wollten, ihnen den Rücken kehren, bei einer Rede, die das freundschaftliche Bündniß der Völker feiern sollte, zischen u. s. w. Und dabei war man noch so artig gegen die Franzosen, daß man die Verhandlungen in französischer Sprache stattfinden ließ.

\* Wieviel Champagner haben die deutschen Truppen in Frankreich getrunken? Französische Blätter veröffentlichen eine aufschallende Zusammenstellung, die, wie sie sagen, von beglaubigten Statistiken herrührt. Nach derselben hat die deutsche Okkupations-Armee während der einjährigen Besatzung der Champagne nicht weniger als 2,550,000 Flaschen Champagner konsumirt. Von dieser Quantität hat Keims 1,884,000 Flaschen und Epervay 433,000 geliefert. Wenn die Zahlen richtig sind, so geben sie ein neues Zeugniß von dem Reichthum jener Provinz an diesem edlen Wein und von dem trefflichen Durste der deutschen Krieger.

\* Die Frau Benedetti. In der griechischen Kolonie zu Marseille bespricht man viel einen Prozeß, der gegen Frau Benedetti, den Ex-Gesandten Frankreichs in Berlin, eingeleitet werden soll. Der Prozeß hat mit der Politik nichts zu schaffen, ist aber doch nicht ohne Interesse. Benedetti hat, als er französischer Konsul in Egypten war, eine junge Griechin, die Tochter eines reichen, in Alexandria lebhaften Handelsmannes, Herrn Anastasis, geheiratet. Nun weiß aber dort Jedermann, daß Fräulein Anastasis nur eine griechische Sklavin war, die in zarter Jugend nach dem Kriege von Morea in die ägyptische Gefangenschaft gerieth. Hr. Anastasis, der keine Kinder hatte, kaufte die junge Gefangene, die sehr schön war, ließ sie erziehen und adoptirte sie. Sie heirathete später Herrn Benedetti und erbt das ganze Vermögen ihres Adoptiv-Vaters, das sich auf mehrere Millionen belief. Die direkten Neffen des Hrn. Anastasis protestirten um so heftiger dagegen, da sie stets sehr unwillig die eingetragene Fremde sahen, die sie um das Vermögen ihres Onkels bringen sollte; sie mußten sich aber fügen. Sie versuchten es unter dem Kaiserreich, auf dem Rechtswege Madame Benedetti anzugreifen; da jedoch der Gemahl sehr einflußreich war, wagten sie nicht, ihre Einsprüche auf das Kaiserliche zu treiben. Sie hoffen heute glücklicher zu sein, und einer der dabei interessirten Neffen, Herr G. Anastasis, hat die Angelegenheit in die Hände von zwei geschickten pariser Advokaten gegeben, die einen Prozeß anstrengen wollen, der nicht geringes Aufsehen erregen dürfte.

\* Aus Mareuil für Ab wird folgendes Seitenstück zu den vor einigen Tagen mitgetheilten Vorgängen von Dijon mitgeteilt. Dasselbe liegt die 9. Compagnie des Brandenburgischen Füsilierregiments Nr. 35 im Quartier. Ein Mann von demselben, Namens Buchholz, ging am besagten Abend mit einem Mädchen von Mareuil nach Ab, eine Distanz von 1½ Kilometer am Kanal entlang. Bei der Bahnbrücke der Epervay-Reimier Bahn angelangt, hielten sie sich, da es regnete etwas auf, worauf Buchholz zu dem Mädchen sagte, daß er sie nicht begleiten, sondern nach Mareuil zurückkehren wolle, hauptsächlich da drei Leute, die ihnen den ganzen Weg gefolgt waren, näher kamen und beiden die größten Schimpfnamen zuriefen. Der Soldat kehrte auch um, doch war er noch nicht 30 Schritt von der Brücke, als das

der Vorlage ist schließlich nur die Herabsetzung der Analogie mit dem preussischen Staatsschatz, der sich so trefflich bewährt habe. In Preußen liegt die Sache aber anders. Dort ist der Kriegsschatz seinem Ursprunge nach nur die erweiterte Generalkassakasse. Er wurde geschaffen zu einer Zeit, da man mit seinem Gelde nichts besseres anzuwenden wußte, als es im Geldschrank zu sammeln und aufzubäumen, und wenn eine Gefahr eintrat, es in einem Topfe zu vergraben. Niemand zweifelt daran, daß der preussische Staatsschatz mannigfache Vortheile dargeboten hat. Geld kann man ja immer brauchen, aber daraus folgt die Nothwendigkeit nicht, eine so große Summe dem allgemeinen Verkehr zu entziehen und das Volk 2 Millionen Thaler Steuern mehr zahlen zu lassen. Die Motive stellen sich selbst ein Armuthszeugniß aus, wenn sie Zweifel aussprechen, daß bei Ausbruch eines Krieges ohne baar dasiegende Mittel der Regierung das nöthige Geld fehlen würde. Ich erinnere Sie daran, daß, als im vorigen Jahre der Krieg ausbrach, der Reichstag so schnell, wie er nie eine Geschäfte erledigt hat, der Kreditvorlage der Regierung seine Zustimmung erteilt hat. Zweifelt die Reichsregierung daran, daß er in Zukunft dieselbe Bereitwilligkeit zeigen wird? Und wenn sie etwa derartige Zweifel hegt, ist es klug, sie auszusprechen? Aber die Beweise von dem Patriotismus der Volksvertretung und des Volkes selbst liegen so klar vor Allen Augen, daß noch von seiner Seite der geringste Zweifel daran laut geworden ist und laut werden kann. Die Motive machen ferner geltend, daß bei einer Anleihe die legislative Behandlung der Kreditvorlage und die nöthigen Finanzoperationen längere Zeit in Anspruch nehmen, und daß beim Ausbruch eines Krieges sich der Geldmarkt in einer Lage zu befinden pflegt, welche die Beschaffung der erforderlichen Baarmittel nahezu unmöglich macht. Nun, im vergangenen Jahre haben die Vorbereitungen etwa 14 Tage gedauert, und ich halte es für sehr möglich, daß diese Frist noch abgekürzt wird. Die Anleihe ist nun allerdings an den zwei dazu festgesetzten Tagen nicht vollständig gezeichnet worden, aber es wäre höchst ungerecht, unserem Volke deshalb einen Vorwurf zu machen. Daran trägt die Börse die alleinige Schuld. Sie betheiligte sich schwach, weil sie sich sagte: gleichviel ob der Krieg siegreich ist oder nicht, der Norddeutsche Bund, mit dem wir hier ein Geldgeschäft machen sollen, geht zu Grunde, und wenn wir auch unser Geld so oder so wieder bekommen, so ist das doch immer kein glattes Geschäft. Ein zweiter und zwar der Hauptgrund der mangelnden Betheiligung der Börse an der Anleihe war, daß ihr nicht genug Prozente geboten wurden. Lieber fanden sich unsere großen Finanziers mit den Forderungen ihres Patriotismus dadurch ab, daß sie ein Almosen antragend einen Verein gaben, als daß sie ihre Geldmittel dem Staate zur Disposition stellten. Sie würden Sie dazu sagen, wenn ein alter, kräftiger Soldat, statt mit in den Krieg zu ziehen, fünf Thaler an einen Invalidenverein, oder ein Arzt, statt in die Hospitaller zu geben, zehn Thaler zu irgend einem patriotischen Zwecke zahlt? Genau das aber hat die große Börsenwelt gethan; sie erwartete ein Enten des Kurzes der Anleihe und dann wollte sie billiger kaufen (hört! hört!). Trotzdem sind über zwei Drittel des Betrages der Anleihe gezeichnet worden, und die Regierung hatte den großen Vortheil, daß die Anleihe nicht die Spielstätte der Börse beschäftigte; ihre Zeichner waren frische Kräfte aus dem Volke, die ihr Vaterland unterstützen und nicht ein Geschäft machen wollten. In Wahrheit ist noch niemals bei einer so großen Anleihe ein so großer Betrag in so kurzer Zeit realisiert worden. Nach alledem, m. H., kann ich nicht anerkennen, daß der Kriegsschatz von so großer Wichtigkeit ist, als die Motive uns glauben machen wollen. Nun führen die Befürworter der Vorlage noch einen politischen Grund an, der anscheinend viel für sich hat: die Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges mit Frankreich. Jeder Soldat, der aus Frankreich heimkehrt, sagt uns ja: die Franzosen brennen auf einen neuen Krieg. Ich meine aber, die Dinge liegen gar nicht so schlimm. Gegenüber einem Volke, bei dem die Phantasie so überwiegt, wie bei den Franzosen, darf man nicht mit den Worten des Augenblicks rechnen, sondern mit dem, was auf dem Grunde des Herzens ruht, mit dem „Unterstrom“ der öffentlichen Meinung, wie es der Engländer treffend nennt. Sie wissen ja, daß selbst die wüthendsten Kriegsschreier in Frankreich nicht eher loschlagen wollen, bis die Armeedeutsch sprechen gelernt hat; und so wollen Sie nun den Kriegsschatz aufgeschichtet halten, bis der französische Soldat die deutsche Grammatik bewältigt hat? Zudem, wenn Frankreich Krieg will, muß seine erste Sorge sein, Allianzen zu suchen. Durch die politischen Vorgänge der letzten Zeit aber — ich sage der Regierung deshalb aufrichtigen Dank — ist es für die Franzosen schwieriger als selbst zu Zeiten des zweiten Kaiserreichs — Bündnisse zu erlangen. Seien Sie, m. H., doch nicht undankbar gegen den wahrhaft providentiellen Verlauf der Dinge in Oesterreich. Der Krieg des Vorjahres war die Feuerprobe für das Vaterlandsgedühl der deutschen Oesterreicher. Sie haben sie glänzend bestanden; sie haben einstimmig und mit Enthusiasmus, kurze Zeit, nachdem sie von uns aufs schwerste geschädigt waren, unseren Siegen zugejubelt; sie standen so fest zu ihren Stammesgenossen,

Mädchen einen lauten Streit hörte, von dem sie nur die Worte „cochon de prussien“ und gleich darauf „nix mechant“ und dann einen Fall ins Wasser hörte. Sie lief hinzu, doch war Niemand zu sehen, und sie bekam auf ihren Ruf keine Antwort. Nachdem am 12. der Buchholz beim Dienst vermisst, wurden Recherchen angestellt und obiger Thatbestand herausgefunden. Das Mädchen wurde arretirt und sagte Abiges aus. Am Abend wurde run der Kanal abgeseiht und der Leichnam des Buchholz 20 Schritt oberhalb der Bahnbrücke nach Mareuil zu von uns unter dem Beistand des Schleusenmeisters aufgefunden. Sein Geld, über 4 Thlr., wurde bei ihm gefunden; die Thäter sind bis jetzt noch nicht entdeckt.

\* Ueberschwemmung in Tientsin. Eine neue chinesische Post bringt Details über eine große Ueberschwemmung in Tientsin, durch welche 3000 Menschen ertranken und unsägliches Elend verursacht wurde.

\* Eine eigenthümliche Naturerscheinung wird aus Florida berichtet: Ein großer Theil von Orange County ist plötzlich zu einem See geworden. Bäume und Häuser mit ihren Bewohnern gingen unter. Ein Augenzeuge sagt, daß die Bäume, ehe sie versanken, sich im Kreise zu bewegen schienen. Dann sank das Erdreich, soweit das Auge reichte, tiefer und immer tiefer und an seine Stelle trat brauendes, zischendes und schäumendes Wasser, welches ein Geräusch, wie das eines riesigen Wasserfalls hervorbrachte. Hin und wieder wurden die Wurzeln und die Kronen gewaltiger Fichten und Eichen an die Oberfläche geschleudert. Die ganze Gegend steht unter Wasser und ist zu einem großen See geworden. Der Ort Orlando soll ganz untergegangen und die Seen von Apopka bis zum Lake Conway durch eine neu-entstandene gewaltige Inlandsee in unmittelbare Verbindung gebracht worden sein. Die Einwohner der Umgegend suchen, von Entsetzen erfüllt, andere Wohnorte.

\* Die große Ausdehnung des Brandes in Chicago ist, wie ein Architekt, der sich längere Zeit daselbst aufgehalten hat, der „Sp. Ztg.“ mittheilt, hauptsächlich den ungeheuren Holzmassen zuzuschreiben, die bei der ganzen Anlage der Stadt zur Verwendung gelangt sind. Die Straßenbäume sind mit fünf Fuß hohen Holzstößen, die mit Theer befestigt und verbunden werden, gepflastert; die Trottoirs bestehen aus annähernd Boblen; in den Häusern sind nur hölzerne Treppen; die Dächer sind ohne Ausnahme fast mit hölzernen Schindeln gedeckt, wenige nur mit ebenfalls leicht brennbarem Asphalt, alle kleineren Häuser sind gänzlich aus Holz, das mit Delfarbe getrichen ist, erbaut. Brandmauern etc., die ein schnelles Fortschreiten des Feuers verhindern, fehlen gleichfalls, da eine gesetzliche Bauordnung nicht besteht. Daß auch das Courthouse (Rathhaus) mit niedergebrannt sei, wird von jenem Gewährsmann bezweifelt, da dasselbe, wie auch das Gebäude der Nationalbank in allen seinen Theilen (selbst Fußböden und Decken) von Eisen und Stein ausgeführt ist, so daß das Feuer Brennstoff gar nicht finden konnte. Die in Chicago herrschenden klimatischen Verhältnisse kommen den Verunglückten sehr wohl zu statten; der Winter tritt daselbst erst sehr spät auf und Regenwetter und Schnee pflegt selten vor Weihnachten einzutreten, dann allerdings geht der Schnee und der Frost vor Mai nicht wieder weg.



daß gegen diesen einstimmigen Willen die Regierung, auch wenn sie es gewollt hätte, nicht hätte ankämpfen können. Jetzt sehen Sie, wie die deutsche Bevölkerung, welche die relativ größte Masse der Bevölkerung des Gesamtstaates Oesterreichs bildet, welche weitaus die meisten Steuern ausbringt, weitaus die größte Industrie hat und weitaus die größte Summe von Intelligenz repräsentiert, durch die kleinen Minoritäten, welche ihr gegenüber stehen, unterdrückt werden soll. Ist unter diesen Umständen ein Krieg Oesterreichs gegen Deutschland denkbar? Wir würden uns bei jedem ernstlichen Konflikt doch die Frage vorlegen müssen, ob wir für die glückliche Entwicklung der deutschen Zukunft auf die Dauer die Hilfe unserer österreichischen Stammesbrüder entbehren können. Doch ich will nicht weiter das Gebiet der Konjunkturalpolitik betreten; es ist ja unnötig, auszuführen, daß weder England noch Rußland Rettung zu einer Allianz mit Frankreich, deren Spitze gegen uns gerichtet ist, haben können. Schließlich sagen die Motive, der Reichsschatz sei das notwendige Supplement der allgemeinen Wehrpflicht; er vollende erst die notwendige Rüstung des Staats. Aber, m. H., denken Sie doch nicht ausschließlich an die Rüstung des Staatskörpers; denken Sie auch an die Rüstung des Volkes und befreien Sie es von den Schäden, welche seine Kraft paralytisiren. Heben Sie die Salzsteuer auf, welche aufs Längste unsere wirtschaftliche Entwicklung hemmt; verbessern Sie unser Volksschulwesen, mit dem Sie, so wie es jetzt ist, doch wohl nicht zufrieden sind. So lange Sie nicht nach dieser Seite hin Hilfe schaffen, so lange Sie nicht für Vermehrung der geistigen Bildung, dieser besten Rüstung des Volkes, sorgen, so lange sind wir nicht reich genug, jährlich 2 Mill. ohne Entgelt herauszugeben. (Beifall.)

Abg. Grumbrecht erkennt Vieles in der Rede des Vorredners als begründet an; wenn er der Vorlage beistimme, so sei für ihn das Entscheidende, daß wir nur auf diese Weise den preuß. Kriegsschatz los würden; allerdings müsse eine bezügliche Bestimmung in der Vorlage aufgenommen werden. Er sei in der Lage, zwischen zwei Uebeln zu wählen, und da wähle er natürlich das kleinere, das sei in diesem Falle für ihn der Reichskriegsschatz. Der Betrag desselben sei ja auch nicht sehr bedeutend, in einer Zeit, in der man nur noch mit Milliarden rechne, sei es eigentlich gar keine Summe (Heiterkeit).

Abg. Greil stimmt den vom Abg. Löwe geltend gemachten volkswirtschaftlichen Gründen durchaus bei. Man habe Seitens der Regierung so vielfach die freundschaftlichen Beziehungen betont, in denen das deutsche Reich zu allen auswärtigen Mächten stehe, und es liegen so wenig Gründe vor, eine baldige Aenderung dieses Verhältnisses zu erwarten, daß für die nächste Zeit ein neuer Krieg mehr als unwahrscheinlich sei. Selbst ohne Zinseszinsen verdoppele sich ein Kapital in 20 Jahren, der Verlust bei einer zinslosen Deposition von 40 Millionen sei also so beträchtlich, daß der Coursverlust, den man bei einer etwaigen schnellen Veräußerung von Staatspapieren beim Eintritt einer Krise zu erleiden befürchte, in keinem Verhältnis stehe zu dem Abgang der Zinsen für eine längere Reihe von Jahren. — Die Motive bezeichnen den Kriegsschatz allerdings als eine unzufriedene, friedliche Reserve, schon der Name des Deposits widerspreche, jedoch dieser Bezeichnung. Vielmehr werde die Annahme der Vorlage nach Augen wie nach innen Verunreinigung hervorgerufen, und eine gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung hemmen. — Der Grund des Abg. Grumbrecht, die Beseitigung des preussischen Kriegsschatzes und dessen Uebertragung auf ganz Deutschland, könne ihn ebenfalls nicht für die Vorlage stimmen. Wenn man in Preußen glaube, ohne eine solche Geldreserve nicht schnell genug kriegsbereit zu sein, so möge man dort einen Staatschatz reserviren; in Baiern brauche man diese Vorsichtsmaßregel nicht, da man in dem in den öffentlichen Kassen beständig vorhandenen Verlagskapital im Betrage von 7 bis 8 Millionen genügende Mittel für den ersten Augenblick der Mobilmachung bereit habe. — Zu bemerken sei es überdies, daß der bairische Vertreter im Bundesrathe nicht auf das verfassungsmäßige Bedenken hingewiesen habe, daß der Beitritt Baierns zum Kriegsschatz entgegenstehe. Der § 5 des Vertrages, betr. den Beitritt Baierns zum Bunde bestimme ausdrücklich, daß Baiern „die Kosten und Lasten seines Kriegswesens, den Unterhalt der auf seinem Gebiete belegenen festen Plätze und sonstigen Fortifikationen einbezahlen, ausschließlich und allein trägt“. Durch eine Beitheiligung Baierns an dem allgemeinen Kriegsschatz würde hiernach die verfassungsmäßige Stellung Baierns im Reiche vollständig verändert. Auf Grund früherer Vorgänge befürchtet Redner, daß man ihm wieder fremde Motive unterleihen werde; er erklärt deshalb ausdrücklich, daß es nicht etwa Vorliebe für die Franzosen sei (Heiterkeit), die ihn bestimme, sondern allein die Rücksicht auf das Wohl Deutschlands. Wenn er sich überzeugen könnte, daß die deutsche Bekehrung wirklich einen Kriegsschatz erfordere, so würde er gern nicht 40, sondern 100 Millionen bewilligen. Er halte dieses Opfer aber für nicht erforderlich, sehe vielmehr in der Vorlage nur ein Symptom des lebhaften Drängens nach dem Einheitsstaat, zu dem die Bildung eines gemeinsamen Schatzes ein bedeutender Schritt sein würde. Aus diesen Gründen bitte er den Gesetzentwurf abzulehnen, event. an eine Kommission zur gründlichen Vorberathung zu überweisen.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Camphausen: Soweit der Vorredner seine Motive aus der besondern Staatsrechtsstellung Baierns hergeleitet hat, werde ich meinerseits darauf nicht eingehen. Wenn er aber die Befürchtung ausspricht, daß diese Bildung eines Reichskriegsschatzes ihren Grund in der Besorgnis hätte, daß wir schon wieder vor einem großen Kriege stünden, so muß ich diese Auffassung unbedingt bestreiten. In meinen Augen hat die Bildung eines Reichskriegsschatzes eine friedliche Bedeutung, freilich nur in dem Sinne, je mehr Deutschland in der Lage ist, eine ihm zugesagte Unbill sofort abzuwehren zu können, je kräftiger seine Armee gerüstet ist, je rascher ihm die Mittel zu Gebote stehen, diese Armee gegen den Feind zu führen, desto mehr wird es in Europa gefürchtet sein, und da wir den Krieg nicht wollen, so werden wir so den Frieden in Europa noch mehr sichern als es jetzt der Fall ist. (Sehr wahr.) Ueber die wirtschaftliche Bedeutung und Möglichkeit eines Kriegsschatzes ist seit Jahren viel gestritten worden, und es wird schwer möglich sein, eine unantastbare Entscheidung darüber hinzustellen. Ich möchte aber glauben, daß die Argumente, wie sie vom Standpunkte der Unwirtschaftlichkeit erhoben sind, niemals kräftiger widerlegt worden sind als durch die Erfahrungen, wie sie Preußen im letzten Jahre gemacht hat. Der Abg. Löwe hat mit Recht hervorgehoben, wie einmüthig die Nation zu den Regierungen gestanden. Trotzdem hat es Preußen einen nicht geringen Vorsprung gewährt, daß es am Abend des 15. Juli vorigen Jahres im Besitze der Mittel war, um vom 16. Juli durch alle Lande den Befehl gehen und sofort vollstrecken zu lassen, mit der Rüstung der Armee vorzugehen. (Zustimmung.) Wer da sich erinnert, mit welcher Sorge man die Tage zählte, wo unsere Armee vollständig ausgerüstet dem Feinde würde entgegenzutreten können, der wird begreifen, daß wir zu diesen Tagen auch nicht einen einzigen Mörser hinzukommen lassen, wenn es darauf ankam, plötzlich die Armee ins Feld schicken zu müssen. Nun, m. H., hat es vielleicht für den Einen oder den Andern etwas Auffallendes, daß wir mit der Bildung eines Reichskriegsschatzes schon jetzt hervortreten. Das hat aber einen sehr einfachen Zusammenhang. Wir wünschen gleich beim Beginn das Finanzwesen des Reiches in eine feste Ordnung zu bringen, wir wünschen gleich beim Beginn in den Einrichtungen des Reiches, da, wo gemeinsame Zwecke verfolgt werden, die Kosten auch gemeinschaftlich tragen zu lassen. Nun war es ja ein offenkundiges Mißverhältnis, daß bisheran wesentlich Preußen sich die Last auferlegt hatte, um eintretenden Falles sofort mit seinen Mitteln beizutragen zu können, einen Staatschatz zu halten, und daß die anderen Staaten eine solche Vorkehrung nicht trafen. Wenn da gemeint ist, eine solche Vorkehrung wäre in allen anderen Staaten überflüssig gewesen, so werde ich mich auch auf die Erfahrungen des letzten Sommers beziehen dürfen. Wir haben damals sehr bereitwillig und mit Freuden eine Unterstützung unserer Verbündeten geleistet, wir waren aber auch in der Lage, eine solche bereitwillig geben zu können. Darin stimmen alle Staaten überein, daß im Falle eines plötzlich ausbrechenden Krieges sehr erwünscht ist, Geldmittel in einem erheblichen Umfang zur Disposition zu haben. — Wenn ferner auf die Betriebsmittel hingewiesen und die Ansicht ausgesprochen wird, der Staatsverwaltung müsse es möglich sein, aus den ihr sonst zu Gebote stehenden Hilfsmitteln auch solche Ausgaben zu bewältigen, so glaube ich doch, m. H., wir sind in Deutschland gewohnt, mit den Betriebsmitteln uns immer sehr knapp

einzurichten. In England und in anderen Ländern, wo man die Kreirung eines Staatschatzes förmlich unbegreiflich findet, da pflegt man mit viel größeren Betriebsmitteln zu wirtschaften und sie werden mehr wie einmal gehört haben, daß der englischen Regierung 6 Millionen Pfund in der Londoner Bank zu ihrer Verfügung stehen. Es giebt aber auch noch einen andern Punkt, der hier in Frage kommt, das ist die Forderung, daß für die Regierung die freie gesetzliche Dispositionsbefugnis geschaffen wird, daß sie nicht im Zweifel darüber ist, über die Gelder sofort verfügen zu können, und daß also nicht derartige Rücksichten und die Besorgnis, den Rechten der Landesvertretung entgegenzutreten zu müssen, sie von der schleunigen Disposition abhalten sollen. Auf die Frage schließlich, ob Preußen nach Kreirung eines Reichskriegsschatzes seinen besondern Staatschatz als eigenen Besitz fortführen wird, kann ich in aller Bestimmtheit mit Nein antworten. Es ist ja gerade der preussische Finanzminister gewesen, der darauf gedrungen hat, daß diese Last, die bisher von Preußen allein getragen wurde, nunmehr gemeinschaftlich von sämtlichen verbündeten deutschen Staaten getragen werde. Die preussische Regierung — und ich kann das nicht allein in meinem Namen aussprechen, sondern im Namen des Staatsministeriums und im Namen Seiner Majestät, beabsichtigt, wenn diese gemeinschaftliche Einrichtung zu Stande gekommen ist, sofort dem Landtage die Auflösung des preussischen Staatschatzes zu proponiren und seine Bestände dazu zu verwenden, diejenigen Schulden zu tilgen, die den preussischen Staat am meisten belasten, nämlich die 5prozentige Anleihe vom Jahre 1850, sowie ferner um für anderweitige nützliche Ausgaben mehr Mittel zur Verwendung zu haben als bisher. Ich glaube Ihnen hiernach, m. H., die Annahme des Gesetzentwurfes empfehlen zu müssen. Sie werden durch diesen Schritt ein neues Band um die deutschen Staaten schlingen; Sie werden durch diesen Schritt eine neue Garantie für die Kraft und Stärke der deutschen Nation erlangen. (Beifall.)

Bundesbevollmächtigter, bairischer Staats-Minister v. Freyschamer: Der Abg. Greil hat sich einigermaßen erstaunt gezeigt, daß die bairischen Bevollmächtigten im Bundesrathe der Bildung eines Reichskriegsschatzes ohne Anstand ihre Zustimmung erteilt haben. Es hat, wie dem Hause bekannt ist, eine vollständige Auseinandersetzung über die Vertheilung der französischen Kriegsschatzabgabe zwischen dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten stattgefunden. Ueber diese Auseinandersetzungen fanden seit dem heurigen Frühjahr Verhandlungen im Schooße des Bundesrathes statt, und man war darüber einig, daß ein erheblicher Theil der kriegslostenentwässerung in vornehmge ausgeschieden werden müßte, um für allgemeine, der Gesamtheit des Reiches zugehörige Zwecke seine Verwendung zu finden. Im Laufe der Frühlingsession sind dem Reichstage bereits mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt worden, das gegenwärtige Gesetz ist nur eine weitere Ausbildung des dort vorgelegten Entwurfes. Wenn wir uns nun als bairische Bevollmächtigte zu fragen hätten, ob wir der Verwendung eines Betrages von 40 Millionen zur Bildung eines Kriegsschatzes zustimmen sollten, so könnten wir darüber keinen Augenblick im Zweifel sein. Soeben hat der Vorredner gesagt, er empfinde, daß durch die Bildung eines Reichskriegsschatzes ein neues Band um die deutschen Staaten geschlungen werde. M. H., ich kann darin vollkommen mit dem Vorredner übereinstimmen. Wir erlangen von Anfang an als vollkommen berichtigt den Gedanken an, daß es ein allgemeines deutsches Interesse sei, für den Fall einer Wiederkehr eines kriegerischen Anfalls in Deutschland einen Kriegsschatz zur Disposition zu haben. Nun meint der Abg. Greil, in Baiern liege die Sache so, daß wir durch unser sogenanntes Verlagskapital, welches identisch ist mit dem Betriebskapital in anderen Staaten, bereits genügende Mittel haben, um für einen unvorhergesehenen Fall vollständig gerüstet dazustehen. Ich bin einigermaßen verwundert, daß der Abg. Greil, der sich in finanziellen Kreisen in Baiern vielfach bewegt (Heiterkeit) die Bestimmungen unseres Verlagskapitals so irrig aufgefaßt hat. Das Verlagskapital bei uns hat lediglich den Zweck, jene Fluktuationen auszugleichen, welche zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben während des Jahres stattfinden. Wenn Einnahmen erst gegen Ende des Jahres fließen werden, größere Ausgaben aber schon am Anfang des Jahres erfolgen müssen, so muß sich natürlich die Finanzverwaltung im Besitze von Mitteln befinden, um diese budgetmäßigen Ausgaben zur rechten Zeit bestreiten zu können. Einzig und allein dazu ist das Verlagskapital in Höhe von 7 Millionen Gulden bestimmt, und dasselbe hat sich zu diesem Zwecke bisher noch als zu gering erwiesen. Dieser Punkt kann also meines Erachtens gar nicht in Rücksicht gezogen werden. Etwas kritischer sieht der Angriff des Abgeordneten Greil gegen die bairische Regierung aus, der sich auf die Bestimmungen des Bündnisvertrages stützt. Ich glaube aber auch, daß diese Bestimmungen der Bildung eines Reichskriegsschatzes durchaus nicht widersprechen. Der Bündnisvertrag bestimmt allerdings, daß Baiern die Kosten und Lasten seines Kriegswesens allein zu tragen hat. Er bestimmt aber auch, daß derjenige Betrag, welcher verhältnismäßig auf die bairische Kriegsverwaltung fällt, in dem Reichsbudget ausgeworfen werden muß. Schon daraus m. H., geht hervor, daß eine gewisse innere Verbindung zwischen den Reichsfinanzen und den Armeefinanz des bairischen Staates bestehe. Diese Verbindung liegt sich auch am Besten lösen, wo es sich um die Bildung eines für die Gesamtheit bestimmten Schatzes handelt, der im Falle der Noth Ausfälle zu leisten hat. Um übrigens den Abg. Greil in dieser Beziehung vollständig zu beruhigen, will ich denselben keineswegs vorenthalten, daß auch die Frage der Beitheiligung Baierns an dem Reichskriegsschatz vollständig im Bundesrathe erörtert worden ist, und man war vollständig darin einverstanden, daß im Falle der Mobilmachung jedem Einzelstaate, also auch Baiern, der entsprechende Theil des Reichskriegsschatzes sofort zur Verfügung zu stellen ist. (Hört! hört!) Der Vorredner hat darauf hingewiesen, welcher Werth bei dem Beginn des Krieges auf den Kriegsschatz zu legen sei. M. H., ich habe auch die Ehre gehabt, in jenen Tagen bei Ausbruch des Krieges Finanzminister gewesen zu sein, und wer in gleicher Lage gewesen ist, der weiß, wie in solchen Momenten die Ausgaben von Stunde zu Stunde, ja ich kann sagen von Minute zu Minute wachsen. Für solche Momente muß eine Staatsverwaltung gerüstet sein. Wenn solcher Moment kommt, so muß auch Baiern im Stande sein, den Verpflichtungen gerecht zu werden, welche es als Mitglied des deutschen Reiches auf sich genommen hat. (Bravo!)

Abg. Graf Bethusy-Huc erinnert bei der grundlosen Verwahrung des Abg. Greil an das Sprichwort: qui s'excuse, s'accuse. Er selbst steht mit dem Abg. Grumbrecht auf gleichem Boden und begründet den Reichskriegsschatz als ein treffliches Band der Eingangs der deutschen Staaten. Die gegen die Vorlage geltend gemachten Gründe kämen nicht in Betracht gegen den moralischen Schaden, der dadurch herbeigeführt werde, daß man die Regierung im Falle eines plötzlich ausbrechenden Krieges vor die Alternative stelle, entweder das formelle Recht zu verletzen, um in den Besitz der gleich erforderlichen Geldmittel zu gelangen, oder das formelle Recht zu wahren und an dem Vaterlande zum Verräther zu werden. Der Vorwurf, daß die Anlage des Geldes im Kriegsschatz volkswirtschaftlich unvortheilhaft sei, treffe gleichmäßig alle Geldanlagen für Militärzwecke. Man müsse dieselben als Ankerprämie betrachten, und wenn man erwäge, daß der ganze kostbare Kriegsschatz im entscheidenden Augenblicke durch das Fehlen der erforderlichen Geldmittel unbrauchbar werden könne, so dürfe man nicht durch Sparen an unrichtiger Stelle die Landesverteidigung in Gefahr bringen. Den besten Beweis für die Nothwendigkeit eines Kriegsschatzes habe der letzte Krieg geliefert. Trotz des schnellen Zusammenrückens des Parlamentes waren bei Bewilligung der Kriegsanleihe doch schon die 30 Millionen des preussischen Schatzes bis auf ein kleines Residuum verausgabt. Man möge der Vorlage zustimmen, eingebend des Satzes: Si vis pacem, para bellum.

Abg. Hirschberg findet die Summe von 40 Millionen im Verhältnis zu den sonstigen für Kriegszwecke angewendeten Geldern sehr gering. Die Anlage derselben sei keineswegs so unproduktiv, da durch Sicherung einer ruhigen Produktion die volkswirtschaftliche Entwicklung gefördert werde. Die Stimmung in Frankreich, wie sie in der Presse und den vielfachen Konflikten mit den Deutschen zu Tage trete, sei keineswegs so friedlich, um uns eine Garantie für einen dauernden Frieden zu geben.

Abg. v. Blandenburg konstatiert mit Genugthuung, daß die liberale Partei in ihrer großen Majorität ihre frühere Anschauung,

daß ein Kriegsschatz absolut schädlich sei, aufgegeben habe. Wenn der Abg. Löwe in der günstigen politischen Konstellation einen Grund gegen die Vorlage gefunden habe, so akzeptire er dieses Kompliment, daß der Regierung gemacht werde, bestens, erinnere aber den Abg. Löwe daran, daß gerade er mit seinen Freunden zur Herbeiführung dieser günstigen Konstellation wenig beigetragen habe. Er bittet, den Reichskriegsschatz als das beste Mittel, den Reichsfrieden zu bewahren, einstimmig anzunehmen und von allen Verlautbarungen bezüglich des preussischen Staatschatzes nach den offenen Erklärungen des Bundesrathes Abstand zu nehmen.

Abg. Miquel: Daß die liberale Partei nicht vollständig von ihrer früheren Ansicht über die Schädlichkeit eines Staatschatzes zurückgekommen ist, beweisen die Ausführungen des Abg. Löwe, und wenn wir tabula rasa hätten, so würden ohne Zweifel alle Liberalen mit ihm stimmen. Hier handelt es sich jedoch nicht um einen theoretischen Streit. Der Krieg von 1870, der mit einer Plöblichkeit entstand, die man früher gar nicht für möglich gehalten hat uns die Nothwendigkeit einer Reserve ad oculos demonstirt. Frankreich, ein Land, das sowohl an Hilfsquellen wie an dem Vorrath seines gemünzten Geldes viel reicher ist, als wir, war bereits vor der Schlacht bei Wörth gezwungen, den Zwangscours des Papiergeldes zu dekretiren, weil sich mit dem Beginn des Krieges das gemünzte Geld versteckte. Diefem Uebel trat bei uns die Reserve des Staatschatzes erfolgreich entgegen. Als Beweis für die Vorzüglichkeit unserer finanziellen Lage dient der Wechsel-Cours. Wechsel auf London standen am 1. Juli 6 Tbr. 23 Sgr., am 16. und 19. Juli, nach der Kriegserklärung 6 Tbr. 21 Sgr. Die notwendige Folge des Verschwindens des baaren Geldes ist eine Aengstlichkeit des Verkehrs, die das Uebel steigert und leicht zu einer vollständigen Panik führt. In solchen Fällen wirkt das Ausschütten des reservirten Schatzes beruhigend, das Vertrauen kehrt zurück und die Krisis wird leicht überwunden. Die Masse des zirkulirenden Geldes hängt keineswegs von der Willkür der Regierung ab, sondern wird bestimmt durch die Menge und die Preise der im Verkehr befindlichen Waaren und durch die Schnelligkeit des Umlaufs der Zahlungsmittel; wird durch äußere Verhältnisse ein Theil des zirkulirenden Geldes aus dem Verkehr gedrängt, so müssen sich also nothwendig krankhafte Symptome zeigen, denen man durch Vorräthe baaren Geldes erfolgreich entgegenzutreten kann. Nach dieser Richtung hin wirkt der Staatschatz wie ein befruchtender Regen; hiermit ist aber nicht ausgesprochen, daß es nothwendig sei, die ganze Summe des reservirten Kapitals zinslos liegen zu lassen. Die großen Beträge amerikanischer, russischer und anderer internationaler Werthe, die in Deutschland vorhanden sind, können jeden Augenblick ohne Schaden realisirt werden. Wenn man also etwa die Hälfte des Schatzes in solchen Werthen anlegt, vor deren Flüssigmachung man sich im Augenblick einer Krise nicht zu scheuen braucht, so würde ein großer Theil der volkswirtschaftlichen Bedenken gegen den Reichsschatz schwinden. Um eine eingehende Erwägung dieses Umfandes zu ermöglichen, beantrage ich eine Ueberweisung der Vorlage an die Budget-Kommission. Vielleicht gelingt es, uns über die Frage der Rentbarkeit zu vereinigen, die ich für sehr wesentlich halte, wenn ich von derselben auch meine Zustimmung zu der Vorlage nicht abhängig machen will. Was das Amendement betrifft, die Annahme der Vorlage an die Bedingung der Beseitigung des preussischen Schatzes zu knüpfen, so ist man auf allen Seiten des Hauses über den materiellen Inhalt desselben einig; ich sehe deshalb keinen Grund, uns zu scheuen, dieser Ansicht durch einen ausdrücklichen Beschluß Ausdruck zu geben.

Die Diskussion ist hiermit geschlossen.

Abg. Greil: Der Satz „qui s'accuse, s'excuse“ (Große Heiterkeit) ist mir ohne die geringste Verächtlichkeit entgegengehalten. Ich habe mich bei meiner Verwahrung ausdrücklich auf frühere Vorgänge des Hauses berufen und weise keine Iniminationen als unberechtigt mit Protest zurück.

Mit großer Majorität beschließt das Haus die Vorlage der Budget-Kommission zur Vorberathung zu überweisen. Es folgt die erste Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Zurückzahlung der auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1870 aufgenommenen 5prozentigen Anleihe.

Abg. Richter: Es befremdet nur, daß man bei dieser Gelegenheit mit den Bundesschulden nicht vollständig reinen Tisch macht, daß ein Betrag von etwa 15 Millionen, seit 1868 entstandene durch außerordentliche Aufwendung für Marine und Küstenbefestigung scheinbar nicht getilgt werden soll, sondern als Stamm für künftige Schulden konservirt bleibt. Diese 15 Millionen stehen doch auch in gewissem Zusammenhang mit den Kriegskosten. Ich habe ein Interesse daran, daß nicht ein Stamm einer künftigen größeren Schuld bestehen bleibt, denn es ist Erfahrung, daß, wo einmal Schulden sind, leicht größere und neue hinzukommen. Graf Bethusy meint zwar, daß nichts die Nation mehr zusammenhalte, als gemeinsame Schulden, ich hoffe jedoch, daß man nicht diesen Punkt auch zur nationalen Frage machen will, wie man es beim Staatschatze zu thun scheint. Ich wende mich zu den Motiven der Vorlage. Ich frage, sind dem preussischen Staatschatz seine 30 Millionen zurückgezahlt? Ich frage weiter, ist die Lombardschuld bei den Darlehnskassen des Bundes getilgt? Ich untersuche nun das Verhältnis der Tilgung nach dieser Vorlage zu den Eingängen aus der französischen Kriegsschatzabgabe. Wir bekommen also bis Ende 1872 nach Abzug des Geldes für elapso-lehringische Bahnen 1825 Millionen Franken oder 487 Millionen Thaler. Die Entschädigungs- und Dotationsgelder aus dieser Frühlingsession beanspruchen 42 Millionen, der Staatschatz 40, Vertriebsfonds 25 Millionen, Summa 107 Millionen von 487 Millionen 380, davon ein Sechstel an die süddeutschen Staaten, bleiben 316 für Norddeutschland. Hiervon 235 Millionen für die verlangte Schuldentilgung bleiben 81, oder nach Rückerstattung der 30 Millionen an den preussischen Staatschatz etwa 51 Millionen. Darauf sind allerdings die Kosten des Rekrutensystems der Armee zu verrechnen. Man sollte aber die Aufstellung solcher Rechnungen nicht unserer Kombination überlassen, sondern uns schon jetzt einen vollständigen Vertheilungsplan wenigstens über die ersten 2 Milliarden vorlegen. Der Bundesrath hat ja für sich den Vertheilungsplan schon am 23. Juni, und Baiern schon darauf seinen Finanzplan gemacht. Die verzögerte Vorlegung kann zu einem Konflikt mit dem Reichstag führen. Einmal, wenn man unter dem Titel Rekrutensystem ohne Weiteres neue Waffensysteme einführt, die vorhandenen werthlos macht, dann auch, wenn man etwa schon jetzt Ankäufe zu einem Invalidenfonds machen wollte, den wir noch nicht sanktionirt haben. Schwerlich wird der Reichstag dem Reichskanzler ein Effekten-Portefeuille von 240 Millionen Thalern in die Hand drücken, ihn dadurch zum größten Verrückten Europas, zu einem Stroussberg in hundertfacher Potenz machen wollen (Heiterkeit), einem Manne, der Alles kaufen kann. Finanzielle Verlegenheiten à la Stroussberg würden dabei nicht ausbleiben, jedenfalls das Gelbbewilligungsrecht des Reichstages vollständig in die Brüche gehen, und Invalidenfonds oder Staatschatz den Absolutismus im Reiche helfen selbst begründen. Meines Erachtens müßten auch die 240 Millionen den Einzelstaaten überwiesen werden und diese hätten dann nach Maßgabe der Vertheilung derselben für die Invalidenpension Beiträge zu zahlen. Endlich bemerke ich, daß über die vorläufige Verwendung der zur Schuldentilgung bestimmten Gelder großes Dunkel ruht. Sind die 1175 Millionen für die ersten drei halben Milliarden vollständig eingezahlt und wann sind die letzten der in Zahlung gegebenen Wechsel fällig? Eine Strassburger Notiz spricht mir von 1872 Millionen. Die englische Presse wirft uns die Auffpeicherung und Zurückbehaltung von Edelmetall vor. Wer aber sein Gold verkauft, darf sich nicht wundern, wenn dasselbe bei ihm abgeholt wird. Man sollte in England lieber die Banfstake ändern, welche für große Geschäfte in Metallgeld nicht ausreicht. Unser Finanzverwaltung würden weniger Vornurtheile gemacht werden, wenn ihre Operationen nicht so im Dunkeln lägen. Die Berliner Generalstaatskasse ist bis zur Abwicklung der Kriegsschatzabgabe das größte Geldinstitut Europas; sie beherbergt Gold- und Silberpreise, Wechselcours, Diskontos und Einflußbedingungen. Man sollte unter diesen Umständen die Praxis aller großen Banken befolgen, die Eingänge aus der Kriegsschatzabgabe und auch periodisch die Bestände der Berliner Generalstaatskasse an Geld über Wechseln veröffentlichen. Die ameri-

(Fortsetzung in der Beilage.)



lanische Regierung verfährt so bei ihren großen Finanz-Maßregeln, sie kündigt ihre Fondsankäufe sogar im Voraus an. Der Geldmarkt könnte sich dann besser darauf einrichten, die Nachfrage dem Angebot leichter begeben. Muß man dagegen im Dunkel operieren, so entfällt nicht nur für ängstliche Börsegenossen, sondern auch für tapfere Krieger ein panischer Schrecken. Störungen des Geldmarkts wirken in vieler Beziehung auf die Staatskasse nachtheilig zurück. Ich lege daher dem Reichstager im Interesse von Handel und Verkehr die Erwägung dringend ans Herz, die Finanzoperationen, so weit sie dadurch selbst nicht geschädigt werden, zum Gegenstande einer größeren Deffektivität zu machen.

Präsident Delbrück: Der Vorredner wird in dem Reichshaushaltstabelle finden, daß die Tilgung der Reichsschuld, soweit das Geld verwendet worden ist für Kriessentfaltung, von den Regierungen in Aussicht genommen ist, d. h. 3½ Millionen Thaler; in Bezug auf den übrigen Theil des für Marinezwecke verwendeten Theils der Reichsschuld ist diese Absicht nicht ausgesprochen. Zunächst sind aus der Kriegsentfaltung dringender Ausgaben zu befreien. Die Wiedererrichtung des preussischen Staatschages ist rechnungsmäßig noch nicht erfolgt, die Mittel dazu sind vorhanden, aber ein Bedürfnis dazu lag bisher bei der Abundanz in den einzelnen Staatskassen nicht vor. Die 17 Millionen an die Darlehnskasse sind zurückerstattet. Bisher ist über die Kriegsentfaltung in folgender Weise disponirt: 2 Millionen für die Ausgewiesenen, 4 Mill. an die Reservisten und Landwehrlente, für Nebereischäden bisher 6 Mill., für Kriegsschäden bis jetzt 11 Mill., 86,666,000 Thlr. für die eisenbahn- und lothringischen Eisenbahnen, für Betriebsmittel derselben 5 Millionen, in Summa rund 109 Millionen. Ferner sind an die einzelnen Beteiligungen, nämlich an den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten vertheilt 153,333,000 Thaler, giebt im Ganzen 262 Millionen Thaler; von den bisher eingezahlten 400 Millionen sind also übrig geblieben 137 Millionen. Hiernach sind nun Beträge zu reserviren, deren Höhe sich zum Theil nicht einmal annäherungsweise schätzen läßt: Zunächst die Nebereischäden, die die bisher bezahlte Summe unendlich übertrifft, ferner der noch zu zahlende Betrag für Kriegsschäden, die 4 Millionen für Dotationen, 40 Millionen für den in Aussicht genommenen Reichsschatz und 23-24 Millionen für Betriebsfonds, über die dem Reichstage mit dem Reichshaushaltstabelle Material zur Beschlußnahme zugehen wird. Es sind ferner 5 Millionen zu reserviren zur Ausrüstung der Elsaß-Lothringischen Bahn mit Betriebsmaterial, so daß im Ganzen etwa 40 Millionen zur Disposition bleiben. In Bezug auf die zu erwartende vierte halbe Milliarden und auf die Zinsen der restirenden drei Milliarden, welche verhältnismäßig am 1. März mit 150 Millionen fällig werden, kann zur Zeit eine Dispositionsfonds nicht vorgelegt werden. Der Vorredner hat die Frage aufgeworfen, ob die 1½ Milliarden seitens der französischen Regierung wirklich bezahlt seien. Ich habe dieselbe mit ja zu beantworten. Die Notiz der „Straßb. Ztg.“, die dem Vorredner zu Gesicht gekommen ist, ist vielleicht richtig, inwiefern sie sich auf die in Straßburg abgenommene Summe bezieht; in Straßburg konnte man eben nur wissen, was man dort empfangen hatte. Die Abrechnung der französischen Regierung über die von ihr geleisteten Zahlungen hat noch nicht erfolgen können, und kann nicht erfolgen, bevor nicht die sämtlichen Wechsel, welche mit in Zahlung gegeben, realisiert sind; jedenfalls ist das Reich durch die Höhe der Zahlungen auch für den mit der Realisirung verbundenen Courserverlust gedeckt. — Im vorigen Sommer verhandelte der Bundesrath über die allgemeine Disposition über die Kriegsschadigung, um zunächst die gemeinschaftlichen Ausgaben des Reichs zu decken, nicht der Zeit nach vorweg, sondern rechnungsmäßig vorweg, mit andern Worten, welche Summen demnach zur Vertheilung an die beim Kriege beteiligten Gruppen zu bringen seien. Damals wurde auch die Gründung eines Fonds ins Auge gefaßt, aus dessen Zinsen — und zwar mit Amortisationsberechnung, so daß sich der Fonds nach und nach aufhebe — die durch den Krieg entstandenen Pensionen zu freieren seien, selbstverständlich auf Grund eines Gesetzes. Nicht ein Sou ist verwendet worden, um Papiere, sei es für diesen, sei es für andere Fonds anzufassen. Der Vorredner vermißt sodann die nötige Durchsichtigkeit der an die Entscheidung sich knüpfenden Finanzoperationen und verweist auf Nordamerika; dieser Vergleich ist — soweit es eben ging — befolgt worden. Man hat die künftigen Darlehen gekündigt so früh als möglich und mit Rücksicht auf den Eingang der zur Rückzahlung erforderlichen Mittel. Es wird jetzt vom Reichstage die Ermächtigung zu einer zweiten derartigen Operation verlangt. In die Details der einzelnen Transaktionen einzugehen, würde für die Banquiers von großem Interesse gewesen sein, für die Reichsfinanzen weniger (Heiterkeit). Bei Transaktionen von so großer Bedeutung mußte mit Ruhe und Bedacht verfahren werden und man durfte nicht von vornherein einen Plan zur öffentlichen Kenntniß bringen, der zur natürlichen Folge Spekulationen gehabt hätte, welche die Durchführung dieses Planes im Interesse des Reiches geradezu unmöglich gemacht hätten.

Die zweite Beratung der Vorlage wird wiederum im Plenum stattfinden. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts für 1871. Hierzu beantragt v. Benda folgende Resolution: Der Reichstager aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß dem Reichstage in der nächsten Session der Entwurf eines Gesetzes über den Rechnungshof für das deutsche Reich — unabhängig von dem Ergebnis der Gesetzgebung über die Oberrechnungskammer im preussischen Staate — zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterbreitet werde.

Ferner hat Abg. Hagen folgende Zusatzparagrafen zur Vorlage beantragt: a) Der Rechnungshof hat bei der ihm obliegenden Rechnungs-Revision nicht bloß die Kapitel und Titel des durch das Bundesgesetzblatt publicirten Bundeshaushalts-Etats, sondern auch die einzelnen, demselben zu Grunde liegenden von dem Bundesrathe und dem Reichstage genehmigten Positionen der Spezial-Etats als maßgebende Normen für die Bundesverwaltung anzusehen und alle etwaigen Mehr- oder Minderausgaben gegen diese einzelnen Positionen als nachträglich zu genehmigende Etatsüberschreitungen zu erachten. b) Die Bemerkungen des Rechnungshofes, welche derselbe zu der allgemeinen, dem Bundesrathe und Reichstage zur Entlastung vorzulegenden Rechnung aufzustellen hat, müssen sämtliche ad a gedachten Mehrausgaben ohne Ausnahme, soweit solche nicht bereits von der Bundesregierung selbst zur Kenntniß des Reichstages gebracht sind enthalten. — Dieselben haben sich ebenso auf alle Abweichungen der verwaltenden Behörden in der Verwendung der Bundesgelder zu erstrecken, welche in den Bestimmungen der Gesetze, insbesondere der erwähnten Haupt- und Spezial-Etats, in Widerspruch stehen.

Abg. v. Rittberg bedauert, daß der Abg. Richter bei der ersten Lesung des Gesetzes das Verhalten eines der Faktoren der preussischen Gesetzgebung einer mißfälligen Kritik unterzogen habe. (Gelächter). Es sei nicht gut, das Herrenhaus unnötig zu reizen, auf dessen Mitwirkung man doch immer angewiesen sei. Die beiden Anträge kritisiert Redner als unannehmbar.

Abg. Hagen motiviert seinen Antrag mit einem Beschluß des Norddeutschen Reichstages vom 28. März 1870, demzufolge für die Bundesregierung nicht bloß die Titel des Haupt-Etats, sondern die einzelnen von dem Reichstage genehmigten Positionen des Spezial-Etats als maßgebende Normen zu betrachten und der Rechnungslegung zu Grunde zu legen seien.

Abg. v. Benda bittet den Hagenischen Antrag abzulehnen, da er etwas bekräftigen wolle, was durch den Reichstager bereits als zu Recht bestehend anerkannt sei und durch diese ausdrückliche Bestätigung eine ungewisse Sache gleichsam in Frage stelle. Seinen Antrag, der weder gegen die Regierung, noch gegen die Oberrechnungskammer ein Misstrauensvotum enthalte, bitte er anzunehmen.

Abg. Richter: Obgleich der Abg. Rittberg mit seiner Verteidigung des Herrenhauses sehr spät kommt, so nehme ich sie doch gern entgegen, da ich es anerkenne, daß von den sehr vielen Mitgliedern jener Körperschaft, die in unserer Mitte sitzen, wenigstens einer für dieselbe in die Schranken tritt. Wenn ich hier das Herrenhaus kritisierte, so bin ich nur seinem eigenen Beispiele gefolgt, denn er hat sich stets die rückwärtsloste Kritik des ihm koordinierten Faktors der preussischen Gesetzgebung, des Abgeordnetenhauses nämlich, erlaubt. (Sehr richtig!) Im Reichstage, der hoch erhoben ist über jenen Zirkel preussischer Staatspensionäre, der die dortige Gesetzgebung verpöndet, würde ich

von seiner Existenz gar keine Notiz genommen haben, wenn wir nicht eben damit beschäftigt wären, die Reichsgesetzgebung vor seinen Einwirkungen sicher zu stellen. (Lebhafter Beifall). Die Resolution, welche von Benda uns vorbringt, hilft uns nicht weiter; es ist ungefähr die zwanzigste, die im preussischen Abgeordnetenhaus wenigstens die dringendsten Uebelstände; er kann dem etwas zweifelhaften Ruf, welchen die Oberrechnungskammer in Bezug auf parlamentarische Kontrolle genießt, abhelfen. Man hat mir meine neuen Bemerkungen theilweise verdacht und namentlich monirt, daß ich mir da einen Fall konstruiert habe, in dem ein Major das Gehalt eines Gerichtspräsidenten bezieht. Der Fall war allerdings nur konstruiert; ich kann Ihnen heute aber eine wirkliche Thatsache mittheilen, die eigentlich noch schlimmer ist, denn in jenem gedachten Falle wurde das Gehalt doch überhaupt an einen Menschen ausbezahlt. Ich will Ihnen nun aber beweisen, daß in unserem Budget auch Posten für Menschen ausgeworfen sind, die gar nicht existiren. (Heiterkeit). Im Militäretat wird ein Hauptmann des Stabes beim ersten Garderegiment z. B., das in Potsdam garnisonirt, mit 1300 Thalern jährlichen Gehalt aufgeführt. Ich behaupte nun, daß dieser Offizier gar nicht existirt. Sie finden ihn nicht in der Rang- und Quartierliste, in Potsdam suchen Sie vergebens seine Wohnung; er ist mit einem Worte eine ausgestopfte Figur. Trotzdem aber bezieht er Tischteller (große Heiterkeit); auch Kleiderauswusch. Nur Nationen empfangen nicht, wie die übrigen Offiziere. Von glaubwürdiger Seite wird mir versichert, daß das Räthsel sich dahin löst, daß die betreffenden Summen an die längsten Leute im Regiment, welche die Leibcompagnie bilden, vertheilt werden. Dies Verhältniß soll auf einer Spezialordre des Königs von Preußen beruhen. Solche Verhältnisse hat man bisher nur in Rußland für möglich gehalten. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Hagenischen Antrag an, damit wir bei der Kontrolle unseres Reichshaushalts die einfache bürgerliche, hausbackene Ehrlichkeit nicht vermissen. (Lebhafter Beifall).

Bundeskommissar Staatsminister Camphausen: Der Vorredner gefällt sich darin, die Einrichtungen seines Staates in dieser Versammlung zu schmähen (Beifall rechts). Ich erwarte seinen Angriff im preussischen Abgeordnetenhaus und werde ihn dann zurückweisen.

Abg. Richter: Herr Camphausen hat eine thatsächliche Darstellung mit einem persönlichen Angriff erwidert. (Sehr richtig!) Die Geschichte von dem ausgestopften Hauptmann ist schon vor einem Jahre durch einen großen Theil der deutschen Presse gegangen und die Regierung hatte Zeit und Gelegenheit genug, sie zu widerlegen, wenn sie unwichtig war. Hätte ich die Sache im preussischen Landtage vorgebracht, so hätte man mir natürlich eingeworfen: der Militäretat gehört vor den Reichstag. Mein Urtheil gründet sich auf Thatsachen; ich schmähe mein Geburtsland nicht, aber ich will seine inneren Zustände auf die Höhe erheben, welche der Bravheit und Ehrlichkeit unseres Volkes würdig sind. (Lebhafter Beifall).

Präsident Delbrück bittet um Ablehnung des Hagenischen Antrages. Er beschränkt sich auf Aenderung einzelner Punkte in den Instruktionen des Rechnungshofes; wenn man einmal ändern wolle, müsse man die gesamte Instruktion umgestalten, der Beschluß des norddeutschen Reichstages, durch den Hagen seinen Antrag motivire, sei von der Reichsregierung, dem Rechnungshofe vorgelegt worden.

Nach einer längeren Diskussion zwischen dem Abg. Pasler, welcher den Antrag Hagen für überflüssig hält und dem Abg. Windhorst (Weppen), welcher eine unumwundene Erklärung Delbrücks vermißt, ob die Regierung jenen Reichstagsbeschlusse beistimme, erklärt Präsident Delbrück: Ich habe es in der That nicht für nötig gehalten, eine Erklärung, die der Reichstager im Jahre 1867 gegeben, und die ich, ich glaube mit denselben Worten im Jahre 1870 wiederholt habe, hier nochmals zu wiederholen. Ich spreche mein vollkommenes Einverständnis mit der Auffassung aus, die der Abg. Pasler hinsichtlich der Behandlung von Etatsüberschreitungen bei der in diesem Hause gemachten Vorlage vom Jahre 1870 bezeichnet hat und diese Auffassung kann ich auch als diejenige bezeichnen, die von den verbündeten Regierungen als gültig anerkannt wird.

Abg. v. Gerverbed: Wenn ich den Vorredner recht verstanden habe, so erkennt er also jetzt die Form, in der diese Etatsüberschreitungen dem Hause mitgeteilt sind, als inkorrekt an, und erkennt an, daß in Zukunft anders verfahren werden müsse. Präsident Delbrück: Ich bin in der unangenehmen Lage, gerade das Gegenheil von dem auszusprechen zu müssen, was der Vorredner gemeint hat. Man muß zweierlei streng auseinander halten: 1) diejenige Mittheilung, die in Bezug auf das Jahr 1870 dem Hause gemacht ist und die nach der Natur der Dinge nur eine vorläufige sein kann und 2) dasjenige, was dem Hause als Ergebnis der Rechnungs-Revision vorgelegt worden ist. Was das Erstere anbelangt, so darf ich daran erinnern, daß eine bestimmte verfassungsmäßige Vorschrift, diese Mittheilungen in der Form, wie es jetzt geschieht, vorzulegen, nicht existirt. Bei den Mittheilungen der zweiten Kategorie wird es allein darauf ankommen, dieselben nach den specialisirten Etats vorzulegen.

Nachdem sich der Abg. Richter mit dem Antrage Pasler auf Zurückweisung in die Kommission einverstanden erklärt hat, wird dieser Antrag abgelehnt, der des Abg. Hagen desgleichen, und die Vorlage mit der Resolution von Benda angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. Tages-Ordnung: 1) Interpellation Richter, 2) Wahlprüfungen, 3) Postgesetz, und 4) zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen Zurückzahlung der Kriegsanleihe.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Oktober.

— Vor dem ersten Kriminalsenat des Obertribunals wurde am 19. dieses folgender Prozeß in der Nichtkeits-Instanz verhandelt. In den Nummern 32 und 33 des vorigen Jahrganges des in Tilsit im Verlage des Buchdruckereibesitzer Post erscheinenden „Bürger- und Bauernfreundes“ hatten sich zwei von dem Gutsbesitzer Frenzel verfaßte Artikel befunden, in welchem ersteren dem Regierungs-Präsidenten Murauch zu Gumbinnen das Prädikat „fonderbarer Schwärmer“ beigelegt worden war. Der zweite Artikel war eine Kritik des Murauch'schen Einflusses auf die Regierungsbeamten, welche behauptete, daß nach und nach alle Regierungsmitglieder mit selbstständigem Auftreten ausgemerzt würden. Die Staatsanwaltschaft erwiderte in beiden Artikeln das Vergehen der Amtsbeleidigung und erhob, nachdem Seitens des Präsidenten Murauch der Antrag Behufs Verfolgung des Verfassers gestellt worden war, gegen ihn und Post Anklage. Das Kreisgericht zu Tilsit erkannte in demselben am 17. April c. auf Freisprechung, da der erste Artikel nur eine unperfäugliche Kritik enthalte, ohne sich auf die amtliche Thätigkeit Murauch's zu beziehen, während der zweite nur dahin aufgeführt werden könne, daß Murauch durch Berichte an höhere Behörden dahin zu wirken suche, daß Mitglieder, welche sich seiner persönlichen Ansicht nicht fügten, dem Kollegium entzogen würden. Auf die hiergegen Seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Appellation erkannte das Appellationsgericht zu Insterburg am 8. Juli c. den Angeklagten Frenzel für schuldig und verurtheilte ihn zu 50 Thlr., den Buchdruckereibesitzer Post wegen Theilnahme zu 20 Thlr. Geldbuße. Die hiergegen eingelegte Nichtkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal zurückgewiesen.

— Ein Erkenntnis des ersten Kriminalsenats des Obertribunals vom 13. d. Mts., welches sich an den Plenarbeschluß vom 6. Juli 1869 anschließt, führt aus, daß es die Nichtkeits des Verfahrens nicht nach sich ziehe, wenn ein Zeuge, welcher seiner Angabe nach der katholischen Konfession angehört, mit der im § 334 der Kriminal-Ordnung für die Evangelischen vorgeschriebenen Befragungsformel verurtheilt worden ist, da das innere Wesen des Eides durch die rituelle Formalität nicht beeinflusst werde.

— Eine Kabinetts-Ordnung vom 17. d. bestimmt, daß die Handwerker-Abtheilungen der Ersatztruppentheile zum 15. November die noch im Dienst befindlichen Mannschaften der Reserve, bezw. der Ersatzreserve 1. Klasse derjenigen Jahrgänge entlassen sollen, welche

von den korrespondirenden Feldtruppen bereits zur Entlassung gelangt sind. Zu gleichem Termin erfolgt seitens aller anderen Handwerker-Abtheilungen die Entlassung sämtlicher noch im Dienst befindlichen Oekonomien-Handwerker der Reserve, bez. der den entsprechenden Jahrgängen angehörigen Mannschaften der Ersatzreserve 1. Klasse. Die Auflösung der Handwerker-Abtheilungen selbst hat demnach spätestens am 1. Januar l. 3. stattzufinden.

— Joseph Kwiatkowski, eines der Häupter der polnischen Emigration in Paris, ist vor einigen Tagen gestorben und am 16. beerdigt worden. Er hatte sich während und nach der Insurrektion von 1863 stets unter den Polen hervorgethan und in dem belagerten Paris in den Reihen der Nationalgarde gekämpft. Damals war das von ihm gegründete parloir-réfuge ein Sammelplatz vieler Landeute.

— Die Wiener „Presse“ schreibt unterm 22. über einen aus Bromberg gebürtigen und in Wien abgesehenen Hochstapler:

Der aus Bromberg gebürtige, gegenwärtig 24 Jahre alte Handlungscommis Gustav Adolph Kaup war vor einem Jahre durch einen unglücklichen Zufall in den Besitz einer Summa von 5,000 Thlr. gelangt. Wir sagen „unglücklichen Zufall“, weil der Besitz dieses Geldes dem jungen Manne zum Verderben gereichte. Seine geschäftliche Thätigkeit sagte ihm nicht mehr zu und er ging nach Wien, dessen Ruf als „lustige Kaiserstadt“ zu ihm gedungen war. Hier hatte er sich bald einer Dame zugesellt, die, trotzdem sie einen legitimen Gatten besaß, seinen Anstand nahm, einen Mann mit ihrer Liebe zu beehren, welcher ihre zweifelhaften Gefühle da zu entlohen in der Lage war. Mit dieser seiner „Geliebten“ theilte der leichtsinnige junge Mann alle Vergnügungen, welche Wien bietet, und war selbstverständlich bei einem solchen Lebenswandel nach nur wenigen Monaten seines Geldes ledig. Dem letzten Thalertheil, der ins Weite ging, folgte freiwillig die „Geliebte“ nach; was sollte sie auch mit dem Herzen eines Mannes anfangen, der ein leeres Portemonnaie besaß? Kaup stand nun auf jenem Punkte, wo ihm jeder Rettungsweg passirbar schien. Da wurde ihm der Antrag gestellt, die Stelle eines Croupiers in der vor wenigen Monaten polizeilich aufgehobenen Spielbank in der Johanneßgasse anzunehmen, welchem „ehrenvolle Rufe“ der nummehr aller Mittel entblöhte mit Vergnügen Folge leistete. Doch sollte er sich dieser Stellung nicht lange erfreuen, denn bald, nachdem er dieselbe angetreten, verfiel das schöne Institut dem Arme der Hermandad, wodurch Kaup broblos wurde. Einmal das Nichtsthun gewöhnt, verschmähte es der einstmalige Handlungscommis, eine ehrliche Arbeit zu suchen. Er ließ sich vielmehr Visitenkarten auf den Namen „v. d. Kaup“ und „Baron Kaup“ anfertigen, um auf die rühmlichst bekannte Hochachtung, den ein großer Theil des Wiener Publikums aristokratischen Namen gegenüber an den Tag legt, zu spekuliren. Selbstverständlich waren seine diesfälligen Bestrebungen, wie die auf den Namen des Baron Kaup zirkulirenden Wechsel beweisen, von bestem Erfolge gekrönt, denn ein Wiener Geldgeber veräußert es nicht leicht, sich von einem „Baron“ hinter das Licht führen zu lassen. Gestern Vormittags begab sich der abermals geldbedürftige „Herr Baron“ zu der ihm in ihrer Eigenschaft als Geldvermittlerin bekannten Banquiers-Wittve Katharina K., um ein neues Anlehen zu entzihen. Diese ließ ihn einige Minuten allein in einem Zimmer und vernistete nach seiner Entfernung einen Brillantring im Werthe von mehreren hundert Gulden. Auf ihre Requisition wurde Gustav Adolph Kaup gestern Abends verhaftet. Derselbe, welcher zuletzt gar keine eigene Wohnung hatte und bei einem Freunde in der Ferdinandstraße Nr. 9 aus Mitleid eine Unterkunft gefunden hatte, stellt die Verübung des Diebstahls entschieden in Abrede und will auch eine in seinem Besitze gefundene, auf den Namen „Baron Kaup“ lautende Legitimationskarte nicht selbst gefälscht, sondern der Gefälligkeit eines Fremdes zu verdanken haben. Kaup wurde gleichwohl heute Mittags dem Landesgerichte eingeliefert.

## Theater.

Das war eine sehr mittelmäßige Darstellung, in der sich gestern Scribes „Glas Wasser“ präsentirte! In den ersten drei Akten schleppte sich dieser überaus feine, sprudelnde, funkenprühende Dialog matt und träge dahin, erst im vierten Akt gewann er einige Elasticität und Leblichkeit. Das wesentlichste Merkmal jeder sogenannten Konversation und im höchsten Grade der Scribes'schen ist, daß sie nicht langweilt. Es ist ein unablässiges Fangballspiel mit Pointen, Einfällen, Bonmots, Antithesen, darüber der Zuschauer nicht einen Augenblick zu sich selber kommen darf, und ein Intriguenwebwerk, so fein, daß eigentlich jeder Faden aus dem andern sich ganz selbstverständlich weiterpinnt und doch immer wieder eine neue geistige Feinheit zur Entwicklung bringt. Daß wir aber gestern uns selbst über der Verstellung vergessen hätten, können wir nicht behaupten. Das Merkwürdige geschah, daß Scribe — langweilig war.

Den Grund hierfür finden wir zunächst darin, daß kein richtiges Zusammenwirken war. Von den Mitwirkenden als Einzeldarstellern konnte manches Anerkennende gesagt werden; aber dies ist nicht die Aufgabe. Ein Intriguenstück ohne gleichmäßige Anspannung aller Beteiligten ist ein Widerspruch in sich selbst; jedes Wort muß die Akteure einander gleichsam von dem Munde wegsaugen, jeden Gedanken einander aberrathen, noch bevor er aus dem Gebege der Bühne entflohen. Davon war gestern nicht die Rede. Wir glauben, die Darsteller spielten sammt und sonders ohne Lust und Liebe zur Sache. Dies aber darf bei einem Personal nicht vorkommen, das im Einzelnen, wie wir bereits ausführten, entschieden respectable Kräfte umfaßt. Die „Marlborough“ existirt in dem Stücke nur um „Sir John“ und „Sir John“ nur um der „Marlborough“ willen; ihr Spiel muß so aneinander gelehnt sein, daß es wie die negative und positive Seite derselben Aktion, desselben Gedankens, nicht als etwas für sich Bestehendes erscheint.

Dies aber war nicht der Fall. Auch nicht genügend durchgearbeitet erschien der Dialog; einzelne unrichtige Betonungen störten, wie z. B. Sir John's: „er (Richard) erfreut sich wie alle Narren einer eisernen Gesundheit“, statt: wie alle Narren — oder der „Marlborough“: „Wenn Majestät es auf sich nehmen“ statt auf sich. Wo die Konversation wie bei Scribe Selbstzweck ist, stört jede, auch die kleinste Interrektheit.

Wir wiederholen aber, ohne des Näheren auf die Einzelleistungen einzugehen, daß das Stück mit diesem Personal hätte besser aufgeführt werden können. Ist. Schade hätte mehr pantomimisches Leben und weniger rhetorisches entwicelt, Dr. Devereux mehr Humor zeigen können. Daß es nicht geschah, kann seinen Grund nur in einer vorübergehenden Indisposition haben. Außerdem aber muß das Mnemotechnische mehr gepflegt werden. Der Souffleur darf niemals die condition sine qua non sein. Hier dürfen wir nicht verhehlen, daß „Maschans“ Gedächtnis sich nicht haltbar genug erwies. — m.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

## S. v. Kremski, Zahnarzt,

wohnt jetzt St. Martin Nr. 4 im Hause des Sanitätsrath Dr. Matecki.

Das Hamburg-Newyorker Post-Dampfschiff „Silesia“, Kapitän Trautmann,

am 10. d. Mts. von New-York abgegangen, ist nach einer Reise von 9 Tagen 6 Stunden am 20. d. 8 Uhr Morgens in Plymouth angekommen und hat, nachdem die Verein. Staaten-Post, sowie die für England bestimmten Passagiere gelandet, um 9 Uhr heute Morgen die Reise via Cherbourg nach Hamburg fortgesetzt.

Dasselbe überbringt: 145 Passagiere, 65 Briefsäcke, 1000 Tons Ladung.

Hamburg, den 20. Oktober 1871.



### Bekanntmachung.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **Louis Aron Tarnowski** zu **Samter** ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen **Afford Termin** auf

**den 8. November 1871,**

**Vormittags 10 Uhr,**  
vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminzimmer Nr. 1 anderaunt worden.

Die Beteiligten werden hiervon unter Mitteilung einer Abschrift des Affordvorschlages mit dem Bemerkten in Kenntnis gesetzt, dass alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Afford berechtigt sind, und dass die Handelsbücher, die Bilanz nebst dem Inventar und der von dem Verwalter über die Natur und den Charakter des Konkurses erstattete schriftliche Bericht im Gerichtslokale zur Einsicht der Beteiligten offen liegen.

Samter, den 9. Oktober 1871.  
**Königliches Kreisgericht.**  
Der Kommissarius des Konkurses.  
**Slawski.**

### Bekanntmachung.

Das abgenutzte Lagerstroh, das Gemälle, die Kartoffelschalen, sowie die Reinigung der Kloaken im Gefängnis des Königlichen Kreisgerichts, Abtheilung für Strafsachen hierseits sollen für die Zeit vom 1. Januar bis ultimo Dezember 1872 dem Meistbietenden überlassen werden.

Wir haben zur Abgabe der Gebote einen Termin auf

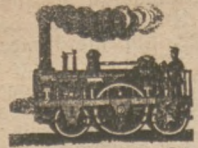
**den 6. Dezember 1871,**

**Nachmittags 3 Uhr**  
Zimmer Nr. 3 Friedrichstraße Nr. 38 vor unserm Bureau-Vorsteher Kreisgerichts-Sekretär Eckert angesetzt, zu welchem Bietungslustige vorgeladen werden.

An Bietungs-Cautions sind 30 Thlr. baar zu erlegen.

Die sonstige Bedingungen können jederzeit während der Dienststunden in unserer Registratur, Abtheilung VI. A., eingesehen werden.

Posen, den 17. Oktober 1871.  
**Königl. Kreisgericht.**



### Oberschlesische Eisenbahn.

Bei dem stets zunehmenden Verkehr wie Verband-Güter-Verkehr sind besonders weil die zur Beförderung aufgegebenen Gegenstände (Güter) häufig gleiche Signaturen tragen, Verwechselungen und irrtümliche Verladungen bei aller Aufmerksamkeit nicht zu vermeiden gewesen. Diesem Uebelstand kann wirksam nur dann begegnet werden, wenn die Beförderer alle zur Beförderung bestimmten Güter und Gegenstände mit dem **Bestimmungsorte** deutlich bezeichnen, bei Orten, die nicht an der Eisenbahn liegen, mit der Eisenbahn-Station, von wo ab die Weiterbeförderung erfolgen soll, welche Einrichtung sich seit langer Zeit bei der Packbeförderung durch die Post bewährt hat.

Wir empfehlen demnach den Beförderern, künftighin alle zur Beförderung auf und über unsere Bahn hinaus bestimmten Güter und Gegenstände mit dem Bestimmungsorte deutlich und in geeigneter Weise bezeichnen zu wollen.

Breslau, den 19. Oktober 1871.

**Königliche Direktion**  
**der Oberschlesischen Eisenbahn.**

### Substitutions-Patent.

Das im Wozilno'er Kreise, im Dorfe **Glown** sub Nr. 1 belegene, dem **Guard Gustav Zerbst** gehörige bäuerliche Grundstück und die demselben zugeschriebenen Grundstücke **Glown** Nr. 6 und **Selezewo** Nr. 40 sollen im Termine den

**14. Dezember 1871,**

**Vormittags 11½ Uhr,**  
an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der **notwendigen Substitution** versteigert werden.

Dieselben sind mit einem Reinertrage von 232 1/2 Thlr. und mit einem Nutzungswerte von 31 Thlr. zur Grundresp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthalten an Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 315 7/8 Morgen.

Ziemelino, den 5. Oktbr. 1871.  
**Königl. Kreisgericht.**  
Der Substitutions-Richter.

### Obwieszczenie.

W konkursie nad majątkiem kupca **Ludwika Arona Tarnowskiego** w **Samotulach** wyznaczony został do instrukcji i postanowienia uchwały co do akordu termin na dzień

**8. Listopada b. r.,**

**przed poł. o godz. 10.**  
przed niżej podpisanym komisarzem w sali posiedzeń pod Nr. 1.

Uwiedziamy o tem interesentów przy udzieleniu kopii propozycji do akordu z tem nadmienieniem, że wszystkie już ustanowione lub też tymczasem przypuszczone pretensje wierzytelności konkursowych jak dalece dla nich ani prawa pierwszeństwa ani prawa hipoteczne, zastawu lub też inne szczególne prawa żądane nie zostały, do udziału przy ustanowieniu uchwały co do akordu upoważniają i że książki handlowe, bilans wraz z inwentarzem i sprawozdaniem zarządcy co do natury i charakteru konkursu w lokalu sądowym przez interesentów przejrzane być mogą.

Szamotoły, dnia 9. Paźdz. 1871.  
**Królewski sąd powiatowy.**  
Komisarz konkursu.  
**Slawski.**

### Obwieszczenie.

Zużyta skoma z posłań, śnieci, lupiny od kartofli, niemniej czyszczenie kloak w więzieniu tutajszego królewskiego sądu powiatowego, wydziału dla spraw karnych, mają być więcej dajacemu na czas od 1. Stycznia do ostatniego Grudnia 1872 wydzierżawionemi.

Celem przyjęcia podać się mających cen wyznaczylismy termin na dniu

**6. Grudnia 1871,**

**po poł. o godz. 3.**  
w izbie pod Nr. 3 domu przy ulicy Fryderykowskiej Nr. 38 przed naszym przełożonym biura sekretarzem sądu powiatowego, Eckertem, na który chęć licytowania mających się zapoznać.

Kaucja licytacyjna musi być w wysokości 30 tal. w gotówce złożoną. Resztę warunków można każdego czasu w godzinach służbowych w naszej registraturze w oddziale VI. A. przejrzeć.

Poznań, dnia 17. Paźdz. 1871.  
**Królewski sąd powiatowy.**

### Bekanntmachung.

Die Vermietung des Kellers unter der Garnisonkirche auf ein resp. drei Jahre an den Meistbietenden findet

**Freitag, 27. Oktober c.**

**Vormittags 11 Uhr**  
an Ort und Stelle unter den vor dem Termin bekannt gemacht werdenden Bedingungen st. lt.

Posen, den 23. Oktober 1871.  
**Kgl. Garnison-Verwaltung.**

### Bekanntmachung.

Der Delanstrich von 80 Stück vierfügl. Fenstern und 6 Thüren im Kasernelement des Fort Vin'a y soll

**Freitag, 27. October c.**

**Vormittags 10 Uhr**  
im Wege der öffentlichen Submission im Geschäftslokale der unterzeichneten Verwaltung verbunden werden. Offerten, auf der Adresse als solche bezeichnet, müssen rechtzeitig abgegeben werden, da Nachgebote und später eingehende Offerten unberücksichtigt bleiben.

Die Bedingungen liegen im Geschäftslokale zur Einsicht aus und müssen von jedem Submittenten vor Abgabe der Offerte unterzeichnet sein.

Posen, den 23. Oktober 1871.  
**Kgl. Garnisonverwaltung.**

### Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt **Breschen** in der Kirchstraße sub Nr. 31 belegene, im Hypothekenbuche der Stadt Breschen Vol. I/III. Pag. 481/529 seqq. eingetragene, dem Schuhmacher **Thomas Janicki** und dessen Ehefrau **Victoria geb. Gierszewska** gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 93 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der notwendigen Substitution

**Montag**

**den 11. Dezbr. d. J.,**

**Nachmittags um 4 Uhr,**  
im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Breschen den 22. Sept. 1871.  
**Königliches Kreisgericht.**  
Der Substitutionsrichter.

Wer an den verkauften Zehnpfennigmann **Lehmann** Gelder zu zahlen hat, oder irgend welche Forderungen zu haben vermisst, beliebe sich wegen Regulierung derselben zu wenden an

**F. W. Lehmann,**  
Danzig.

### Bekanntmachung.

Die Anlieferung von Lebensmitteln, Fabrikaten etc. Materialien und sonstigen Bedürfnissen für die hiesige Corrections-Anstalt im Jahre 1872 zu den unumkehrlichen Bedarfssummen von:

4000	Kilogr. Roggenbrot,
3000	do. weiche Bohnen,
50	do. Buchweizenkörner,
500	do. Haf. rübe,
55	Schock Stroh,
2500	Kilogr. Rindenerentalg,
250	do. Schweinefleisch,
2500	do. Rindfleisch,
800	do. Schweinefleisch,
200	do. Semmel,
10286	Liter Braubier,
200	Kilogr. Reis,
50	do. Fadennudeln,
3500	do. Salz,
20	do. Kümmel,
30	do. Pfeffer,
35	do. Zuckerup,
400	Liter Essigsprit,
750	Kilogr. Glutseife,
100	do. Talgseife,
500	do. Soda,
100	do. Fischtran,
1500	do. Eisenvitriol,
50	do. Schweißmittel,
3000	do. Petroleum,
25	do. Rübs,
4	Schock große Besen,
12	Schock kleine Besen,
4	Kilogramm Stearlichte,
12000	Zündhölzer,
2000	Meter graues Schürzenband,
700	do. Hemdenband,
250	Strähn grauer Zwirn,
150	do. schwarzer Zwirn,
250	do. weißer Zwirn,
867	Meter grauer Drell,
333	do. weisse Hemdenleinswand,
10	Kilogr. baumwollenes Strumpfgarn,
50	do. wollenes Strumpfgarn,
275	do. Wastrichter Leder,
125	do. Brandsohlleder,
175	do. Füllleder,

soll im Submissionsverfahren an den Mindestfordernden abgegeben werden. Die Bedingungen liegen:

a. bei der Königlichen Regierungs-Rechnungs-Kontrolle I. in Posen,  
b. bei dem Königlichen Polizei-Präsidio in Breslau,  
c. in unserm Bureau zur Einsicht aus, sind auch gegen Copialien bei der unterzeichneten Behörde zu haben.

Die verfertigten Submissionsofferten sind spätestens bis zum

**6. November d. J.**

**Mittags 12 Uhr**  
an die unterzeichnete Direktion einzuliefern.

**Am 9. Nov. d. J.**

**Vormittags 10½ Uhr**  
findet in unserm Sessionssaale die Eröffnung der eingegangenen Submissionsofferten statt.

Posen, den 22. Oktober 1871.

**Die Direktion**  
der Corrections-Anstalt.



**Auktion.**

**Freitag den 27. d. M.**

**Vormittags 10 Uhr**  
werde ich am Rannonenplatz eine **Fuchskutsche** und einen guten haltverdeckten **Aufschwagen** gegen gleich baare Bezahlung meistbietend versteigern.

**Drange,**  
Auktions-Kommissarius.

### Eine Destillation

in frequenter Stadtgend, die älteste hierorts, die sich einer großen reellen Rundschaft, sowohl an gros als an detail erfreut, soll wegen krankheit des Besitzers unter angenehmen Bedingungen, mit sämtlichen Vorräthen, Wohn- und Fabrik-Gebäuden verkauft werden und sind hierzu Zwangs bis fünfzigtausend Thaler **Al. lase** Kapital erforderlich.

Selbstkäufern ertheilt nähere Auskunft **Heinrich Neumann** in Königsberg i. Pr.

Eine

**Wassermühle,**

sagt neu und in bestem Zustande ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Näheres beim Gastwirth **Adam in Konsolewo.**

Wilhelmsplatz 2 bei Herrn **Dr. G. Meyer**, sowie Breslaustr. 9 bei Herrn **Mummel** werden Befragungen auf vorzüglich gute **Speise-Kartoffeln** und **Preistorf** entgegengenommen.

Gutes **Polsterwerk** offerirt zu billigen Preisen **Fr. Sturzel**, Tapezierer, Wilhelmsplatz 9.

Ein st. Kadenceposthorn in. Schubl. ist bil. zu verk. **Fischerei 19/20.**

## Einladung zur Insertion

auf das Ende Oktober in unserem Verlage erscheinende und von der hiesigen Ober-Post-Direktion herausgegebene

### Ortschafts-Verzeichniß der Prov. Posen,

welches in seiner Einrichtung darauf berechnet ist, für jedes Dorf, Vorwerk, Stablisement etc., ja jedes Wärfterhaus der in der Provinz Posen belegenen Bahnen, die Distributions-Postanstalt und den landrätlichen Kreis, in welchen dasselbe belegen ist, nachzuweisen, und welchem als Vorbemerkung eine Uebersicht des Flächenraumes und der Einwohnerzahl der Provinz, der beiden Regierungs-Bezirke, sowie sämtlicher Kreise, und ferner die Einwohnerzahl der Kreis- und sonstigen größeren Städte beigelegt wird.

Diesem Ortschafts-Verzeichniß ist bereits durch Subscription in allen Theilen der Provinz eine große Verbreitung gesichert und da es fast in jeder Ortschaft vertreten, eignet sich dasselbe auch vorzüglich für Insertionen, die von außerordentlichem Erfolg begleitet sein werden.

Der Insertionspreis beträgt für eine ganze Seite dieses Buches in Quartformat nur 10 Thlr., für 1/2 Seite 5 Thlr. 10 Sgr., für 1/3 Seite 3 Thlr. 15 Sgr. und für 1/4 Seite 2 Thlr. 20 Sgr. und werden Bestellungen in unserm Comptoir, Wilhelmsstraße 16, woselbst auch Probe-Abzüge schon bestellter Inserate zur gefälligen Ansicht ausliegen, entgegen genommen.

Posen, im Oktober 1871.  
**Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.**  
(E. Röstel).

## Forstparzelle.

Eine Forstparzelle in Telen, von ungefähr 150 Morgen, mit Kiefern, Birken und Eichen bestanden, 1 1/2 Meile von der Ostbahn-Station **Dialosliwie**, 3/4 M. von der Nege entfernt, soll

**am 13. November c. 12 Uhr M.**

auf dem Dominiat-Bureau in **Smogelsdorf** im Wege des Meistbets verkauft werden.

**Dominium Smogelsdorf**  
bei **Gollancz** — Bahnhstation **Dialosliwie.**

## Hôtel Rosenfeld,

**Bromberg,**

vorzügliche Lage, empfiehlt sich dem geehrten reisenden Publikum. Angenehmes Logis, sowie prompte und freundliche Bedienung zu soliden Preisen wird zugesichert.

Ergebenst  
**P. Rosenfeld.**

Die  
**Holzement, Asphalt- und Dachpappenfabrik**

von  
**F. Kleemann in Breslau,**

**Neudorferstraße 7,**

übernimmt die Eindeckung von Holzement- und Pappbedachungen unter mehrjähriger Garantie, fertigt Asphalt-Fußböden einfarbig und in Mosaik, Asphalt-Isolierungen auf Mauern, Gewölben etc. und hält Lager von Asphalt, Goudron, Dachpapier, Dachpappe, Dachnägel, Holzement, Steinfohlentheer und Asphaltlösung. Letztere als bester Ueberzug für Steinpappdächer bewährt.

## Breit-Dreschmaschinen

(mit 52 Zoll breitem Cylinder) von anerkannt vorzüglicher Construction,

welche sich durch leichten Gang, große Leistungsfähigkeit und reinen Drusch vor allen anderen Göpel-Dreschmaschinen auszeichnen, auch leicht transportabel sind, liefert die

**Eisengießerei und Maschinenfabrik von J. Kemna in Breslau.**

Bei Bespannung mit 4 Pferden drischt die Maschine in langen Tagen ca. 300 Scheffel Sommer-Getreide oder 150 Scheffel Winter-Getreide.

Zeugnisse werden auf Wunsch franco eingesandt.

## Malz-Entkeimungs- & Putz-Maschinen,

bewährtes System seit 7 Jahren, empfiehlt unter Garantie für vollkommene **Leistungsfähigkeit & Solidität**, C. Koenig, Maschinenfabrikant in Speyer a. Rh. (Bayern); Prospect mit Zeugnissen, sowie Muster von entkeimten und geputztem Malz stehen franco zu Diensten. — Jede Bestellung wird in 14 Tagen ausgeführt.

**Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten** heilt brieflich, gründl. u. schnell **Spezialarzt Dr. Meyer**, Kgl. Oberarzt **Berlin**, Leipzigerstr. 91.

**Dr. Koch, Berlin, Belle-Alliancestr. 4**, besittigt mittelst seines längst bewährten Eisenpräparats: **„Mannbarkeitssubstanz“**, die Folgen der Selbstvergiftung u. Anfechtung (Schwäche, Pollutionen, Weichfluß, Unfruchtbarkeit, Bleichsucht), sowie Gicht- und Zuckerharndrüse, Nieren- und Blasenleiden diverser Art.

Sprechstunde von 8 bis 12 Uhr B. und 2 bis 6 Uhr N.

Auswärtige brieflich unter strengster Discretion.

NB. Bisher ohne Erfolg mit Medizin behandelte Patienten — beiderlei Geschlechts — wollen vertrauensvoll einen letzten Versuch mit obigem Präparat machen

Ich wohne jetzt Posen st. Gerberstr. 13a. **David Lissner** a. Schrimm

### Ausverkauf!

Die noch vorhandenen

**Biergehölze,**

**Maiblumen** etc., werden, weil geräumt werden muß, an Ort und Stelle gegen Kasse billig abgegeben.

Samter.

**F. Zweiger.**

Der

**Bock-Verkauf.**

In der höchsten Stamm-Heerde zu **Gramschütz** bei **Ramslau** Station der **M.D.U.B.**, beginnt wiederum mit dem 15. November.

Das Gräflich **Henckel von Donnersmarck** 'sche Wirthschafts-Amt.

**Zschiesche.**

Auf dem **Dominiat**

**Gosiejewo**

bei **Rogasen**

sind zu verkaufen

**5 St. junge Ochsen u.**

**3 St. junge Kühe.**

Ein fein möbl. Zimmer auf Verlangen mit Benutzung eines Pianino ist Große Gerberstraße zu verm. Zu erfragen **Gerber- und Wasserkrämerstr. Nr. 15** im ersten Stock.

Ein Logis für 2 Herren ist sof. billig zu verm. **Bäckerstraße Nr. 7, 1 Tr.**



## Winter = Saison

1871.

### Tricot-Waaren.

Gestricke und gehäkelte Artikel

für Herren:

Gesundheits-Jacken,  
in Seide, Wolle, Vigogne,  
Pantalons, Socken,  
Jagd- & Reise-Hemden,  
Jagd-Westen, Strümpfe,  
Leibbinden, Pulswärmer;

für Damen:

Camisols, Pantalons,  
gestricke Unterröcke,  
Westen, Seelenwärmer,  
Pellerinen, Unterkragen,  
Taillentücher, Kopfschäles,  
Kopftücher, Baschliks,  
Capotten, Fanchons,  
Hauben, Unterärmel,  
Menotten, Pulswärmer,  
Gamaschen, Strümpfe;

für Kinder:

gestricke Kleidchen,  
Röcke, Jacken,  
Hauben, Capotten,  
Kindermützen,  
Baschliks, Handschuhe,  
Seelenwärmer, Schuhe,  
Gamaschen, Strümpfe.

Posen, Markt 63.

**Robert Schmidt**  
(vorm. Anton Schmidt.)

**Kalbsrücken,  
Hammelfleisch,  
Rinderfilet,  
Rinderzunge,**

sowie täglich alle Sorten frischgebackten  
Brot und Gebäck auf das Beste und Schnellste  
effektuiert.

**E. Brühl,**  
Bismarckstr. 4.

Auswärtige Aufträge werden  
auf das Beste und Schnellste  
effektuiert.

## Lilione



ist von dem  
preußischen  
Ministerium für  
Medizin- und  
Legationssachen  
geprüft und be-  
stätigt die  
Eigenschaften  
des Lilione zu  
beseitigen, der Haut ihre jugendliche  
Elasticität wiederzugeben und alle  
Hautunreinigkeiten, als: Som-  
mersprossen, Leberflecke, zurückge-  
bliebene Pocken, Furchen, trock-  
ene und feuchte Flecken, sowie  
Röthe auf der Nase (welche entwe-  
der Frost oder Schärfe gebildet hat)  
und gelbe Haut zu entfernen. Es  
wird für die Wirkung, welche  
binnen vierzehn Tagen erfolgt,  
garantirt, und zahlen wir beim  
Nichterfolg den Betrag retour.

Um Täuschungen zu vermeiden,  
wolle man genau beachten, daß  
auf dem Etikett: **Rothe & Co.**  
bemerkbar sein muß.  
Preis pro ganze Flasche 1 Thlr.

### Barterzeugung- Pomade

à Dose 1 Thlr.  
Dieses Mittel  
wird täglich ein-  
mal Morgens in  
der Portion von  
zwei Erbsen in die  
Hautmassen, wo  
der Bart wachsen  
soll, eingerieben  
und erzeugt bin-  
nen sechs Monaten einen vollen,  
kräftigen Bartwuchs. Dasselbe  
ist so wirksam, daß es schon bei  
jungen Leuten von 17 Jahren,  
wo noch gar kein Bartwuchs vor-  
handen ist, den Bart in der oben-  
gedachten Zeit hervorruft. Die  
sichere Wirkung garantirt die Fa-  
brik von

**Rothe & Co.** in Berlin,  
Kammandantenstr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet  
sich in Posen bei Herrn

**Herrmann Moegelin,**  
Bergstr. 9., Ecke d. Wilhelmstr.



Den hohen Herrschaften zur gest.  
Kenntnissnahme!!

Das einzige wirklich vollständige Lager  
aller Arten von

## LIVREEN

für Portiers, Kammerdiener, Leibjäger, Kutscher, Stallknechte etc.

befindet sich in Berlin bei

**Baum & Koppel,**

Leipzigerstr. 107.

Preiscurant und Maassanleitung gratis.

### Für Augenleidende!

Hrn. Stroinski zu Breslau. (Am Wäldchen Nr. 4)

Durch ein Stück Holz wurde mein rechtes Auge derart ver-  
letzt, daß die Bindehaut riß, und eine furchtbare Entzündung ein-  
trat. Durch den wegen seiner Augenheilkunde berühmten Herrn  
Stroinski hier selbst, Am Wäldchen 4, wurde ich so  
schnell, und zwar nur allein durch sein mildes Augenwasser geheilt,  
daß ich schon nach 3 Tagen wieder meinen Dienst  
thun konnte, und nach Verlauf von 8 Tagen voll-  
ständig hergestellt war. Ich kann allen Augenleidenden  
dieses Wasser\*) nur in Wahrheit empfehlen.

Breslau, im Januar 1871.

Th. Schneider, Stations-Assistent.

\*) Beforgungen übernimmt in Posen Herr Kaufmann

C. W. Paulmann, Wasserstraße Nr. 4.

## Balsam Bilfinger

gegen Rheumatismus u. Gicht,

geprüft von den größten Autoritäten Deutschlands, Frankreichs  
und Englands, Radikalheilungsmittel selbst in den hartnäckig-  
sten Fällen. Preis pr. 1/2 Flasche 1 Thlr. 10 Ngr., pr.  
1/2 Flasche 22 1/2 Ngr.

General-Depositär **Felix Riobel,**  
in LEIPZIG.

Depôt für Posen bei H. Elsner, Apotheker.

## Deutschen Kaiser-Bitter.

einen aus den feinsten Kräutern fabrizirten Biqueur, empfehlen

### Gebrüder Pincus.

Niederlagen bei den Herren:

**Is. Busch, F. Fromm, H. Knaster, R. Kahlert,**  
**Krug & Fabricius, Herm. Michaelis,** sowie

bei Herrn **L. Krüger** in Bronke," " **F. H. Krappe** in Schönlanke," " **J. Kauf** in Samter.

### Bekanntmachung.

Tüchtige

## Eisenbahn-Arbeiter

finden lohnende Winterarbeit beim Bau der Saal-Eisen-  
bahn. Alle Arbeiten werden nach guten Accordätzen aus-  
geführt und täglich 7 1/2 Egr. Vorschuß gegeben. Die  
Lebensmittel sind in jener Gegend billig und Quartiere  
leicht zu haben. Die Reise geht über Berlin, Halle bis  
Apolda per Eisenbahn und von dort nach Jena 1 1/2  
Stunde weit zu Fuß. Reisekosten betragen ungefähr 3  
Thlr. Meldung beim Ingenieur **Laschke** in Jena im  
deutschen Haus.

Der Bau-Unternehmer  
**L. Kramm.**

### Ungarische Weintrauben

empfang

### F. Fromm,

Friedrichstr. Nr. 36,  
gegenüber d. Post.

### Stettin-Kopenhagen.

Der neu erbaute schnellfahrende mit  
höchst komfortablen und geräumigen  
Cajüten und Salons versehene  
A.1 Dpfr. **Titania** Capt. G. B. Klemke  
fährt  
Stettin Sonnab. Mittags  
1 Uhr, Kopenhagen Mitt-  
woch Nachmittags 2 Uhr.  
Ueberrfahrt dauert nur 14 Stun-  
den. Aufenthalt in Kopenhagen  
3 1/2 Tag.

1. Cajüte Thlr. 5, 2. Cajüte Thlr. 3 1/2,  
Deckplatz Thlr. 2.

Gin- und Retourbillets 4 Wochen  
gültig.

1. Cajüte Thlr. 8, 2. Cajüte Thlr. 6,  
Deck Thlr. 3.

Vah oder Paketen werden weder in  
Stettin noch Kopenhagen gefordert.

**Rud. Christ. Gribel**  
in Stettin.

Wasserstr. 8-9 ein fr. m. 3. nach vorne  
für 1 oder 2 Hrn. 3. v. zu erst. dort  
bei **Goßling** i.

Ein großes fein meubliertes Zimmer  
ohne Bett und Bedienung ist sofort zu  
vermieten Halldorfstr. 2, 3. Et. links.

**Schuhmacherstraße Nr. 6** be-  
findet sich mein Waaren-Lager von Baum-  
woll- und Boll-Strickgarn, 3 phiz-  
und hampburger Wolle, Weiß- und Kurz-  
warenen, seidene, Alpaca- und baum-  
wollene Regenschirme, Gummi-Schür-  
en, wollene und baumwollene Zaden  
und Unterhosen u. s. w. und wird be-  
sonders billig verkauft.

**S. Spiro, Schuhmacherstr. 6, 1. Et.**

Es wird ein Mitschüler gesucht zum  
Privatunterricht eines Knaben von 7  
Jahren, der bereits 1 Jahr unterrichtet  
bis Ostern für die Ober-Acta des  
Gymnasiums vorbereitet wird. Näheres  
St. Adalbertsstraße 4, 1. Treppe hoch.

Gleich oder zu Neujahr wird eine  
evangelische

### Erzieherin

bei ein in Mädchen von 7 Jahren ge-  
sucht. Hierauf Reflectanten wollen  
ihre Bedingungen unter A. R. poste  
restante **Schroda** einreichen.

Das Dominiun **Placski** bei  
Schroda sucht sofort evant. oder zu  
Neujahr einen tüchtigen verheiratheten,  
oder auch unverheiratheten Vogt.

Vorrätig bei  
platz Nr. 4.

## Louis Türk, Wilhelms-

### Die Augenärztin

oder die Kunst

das Sehvermögen zu erhalten und zu verbessern

von  
**Dr. J. Ch. Jüngken,** Professor etc.

Preis 22 1/2 Egr.

Der weltberühmte Verfasser, welcher nach einer nahezu 50jährigen  
für die Menschheit heilbringenden Thätigkeit erst vor Kurzem die ver-  
diente Ruhe aufgesucht, hat in diesem Buche seine langjährigen Er-  
fahrungen und Beobachtungen in einer rationellen aber leicht verhand-  
lichen und auf das gebildete Publikum berechneten Darstellung nieder-  
gelegt. Kurz-, Schwach- und Weitsichtige, Augenleidende und Augen-  
kranke werden in dem Buche Hilfe und Trost, Alle, besonders Eltern,  
Vormünder und Erzieher Belehrung über das edelste Organ des  
menschlichen Körpers in seinem gesunden und kranken Zustande finden.  
Das Buch sollte daher in keiner besseren Familie fehlen.

Otto Jante's Roman-Zeitung bietet dem Publi-  
tum die neuesten und besten deutschen Romane zu eigen, welche  
in Buch-Ausgaben 50 - 60 Thaler kosten. Man abonniert für 1 Thaler vier-  
teljährlich bei der Post und in allen Buchhandlungen.

### Schulbücher,

neu u. antiquarisch offerirt billigst

**Schlesinger'sche Buchhdlg.,**  
Wilhelmstr. 9.

**Lotteriedoese** 1/2, 16 Thlr. (Orig.).  
1/2, 8 Th., 1/10, 4 Th., 1/20, 2 Th. ver-  
f. **E. G. Jantsch,** Berlin, Jannowigstr. 2.

Von den durch uns direkt aus Hol-  
land bezogenen

### Blumenzwiebeln

haben noch Vorrath.

**Gebrüder Auerbach.**

Hechte, Zander und Barsen Donner-  
stag Nachm. 4 Uhr b. **Isidor Busch**  
Graf. Danz. Speckfunden, sowie  
die erste Sendung losger pomm. Gänse-  
brüste u. Reulen exp. hlt  
**Kletschhoff.**

Frisches amerikanisches Schwe-  
inefleisch pro Pfund 6 1/2 Egr.,  
Centnerweise billiger empfiehlt  
**Isidor Busch.**

Das neue englische Desinfec-  
tionsmittel, unschädlich und nicht  
ansteckend (ungiftig)

### Chloralum

ist ein wirksames Schutzmittel aus or-  
ganischen Stoffen gewonnen.

Ein Theil **Chloralum** mit 150  
Theilen Wasser verdünnt und damit  
das Erdreich begossen, vermehrt dessen  
Fruchtbarkeit in ausgiebiger Weise.

**Chloralum** ist ein neues Mit-  
tel in der Heilkunde. Es giebt wenige  
schädliche Entzündungen (Brand) und  
Geschwüre, bei welchen, wenn richtig  
angewandt, es nicht den besten Erfolg  
sichert; auch wird es bei vielen inner-  
lichen Störungen mit gleichem Erfolg  
angewandt.

**Chloralum** ist ein antisepti-  
sches Astringent, welches in London in  
medizinischen und chirurgischen Vor-  
schriften seine Anwendung findet. Haupt-  
sächlich bei unreinen Geschwüren,  
zum Surgeln bei Charlatrinfiebern,  
Diphtheritis und gewöhnlichen  
Halsleiden; auch wurde es unschätz-  
bar gefunden bei Augenentzün-  
dungen etc. Preis per Quartflasken  
2 Schillinge = 20 1/2 Egr. per 1/2  
Flasche 1 Schilling, per 1/4 Flasche 6  
Pence. Per Gallon 5 Schillinge. Bei  
contractlicher Lieferung größerer Quan-  
titäten ganz bedeutende Preisermäßi-  
gung.

### Chloralum

ist das sicherste Mittel gegen jegliche

Ansteckung.

### Chloralum

ist das beste Schutzmittel gegen

die Cholera,  
den Typhus,  
die Kinderblattern,  
den Rothlauf,  
den Spital-Brand etc. etc.

Das **Chloralum** wurde Sei-  
tens der britischen Regierung adoptirt  
und in allen Hospitälern und öffent-  
lichen Anstalten angewandt.

**The Chloralum Company**  
1 Great Winchester Street  
Buildings.

### London E. C.

General-Agenten für Deutschland,  
Österreich, Holland und die  
Schweiz die Herren **A. M. Zim-  
mermann,** 7 fen. Court E. C.  
London,

und 1 Gordulaststraße Köln a. Rh.

### Bade- wannen,

stark und dauerhaft,  
verkauft und verleiht  
**H. Klag.**

Ein möbl. Zimmer ist sof. zu verm.  
Wilhelmstr. 24, 1. Etage.

Neuzeit 1872  
Bedingungen für  
Rittergut in Westpreu-  
en in seinem Fache erfahrenen u.  
wohlvertrauten **Deconomie-Be-  
amten** als Oberinspektor durch das  
landwirtschaftliche Bureau v. **Joh.  
Kug Gortch** in Berlin, Roser-  
thalerstr. 14.

Dr. in diesem Jahre von der  
Batterie Niederschl. Feld-Ar-  
timents Nr. 5 entlassen  
Freiwillige **Stephan**  
bolski wird aufgef-  
gen Wohnort resp.  
fort anzugeben.  
**W. Graetz,** Fort Tichen.

Dem Wiederbringer eines verloren  
gegangenen **Nezbo** eine angemessene  
Belohn. gr. Gerberstr. 20 im Comtoir.

### Dankagung.

Herr Lehrer **Moritz Grünfeld** in  
Schwefel hat meinen elfjährigen Sohn  
**Julius** so gut vorbereitet, daß derselbe  
am 16. d. M. die Prüfung in die  
Tertia des Gymnasiums zu Posen mit  
bestem Erfolge bestand.

Herr Grünfeld hat sich so unermüd-  
lich dem Unterrichte des Knaben gewid-  
met, die Behandlung die meinem Kinde  
in dessen Hause zu Theil wurde, war  
so liebevoll, daß ich mich verpflichtet  
fühle Hrn. Gr. hiermit öffentlich zu  
danken und sein Pensionat angelegent-  
lich zu empfehlen.  
**Philipp Grünfeld** in Kur. Goshin.

Die geehrten Mitglieder des land-  
wirtschaftlichen Vereins werden ersucht,  
zum Versammlungstage

den 27. Oktober cur.

Nachmittags 3 Uhr

im Odeon-Saale

recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

□ M. 25. X. 7 A. M. C. III. □

### Ihre Majestät die Kaiserin

hat auch in diesem Jahre mehrere Ge-  
winne zu unserer im Saale des Herrn  
Fall stattfindenden Verlosung g. sendet.  
Dieselben stiegen vom 23. bis 26. d. M.  
dieselbst zur Ansicht, auch sind Loose  
a 7 1/2 Egr. in denselben Lokale zu haben.

### Die Vorsteherinnen

der Jacob'schen Waisen-  
mädchen-Anstalt.

### Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:  
**Mathilde Wille,**  
**Leo Woy.**  
Posen. Schrimm.

Heut wurden wir durch die Geburt  
eines munteren Knaben erfreut.

**Louis Levy** und Frau.

### Auswärtige Familien- Nachrichten.

**Geburten.** Ein Sohn: dem Apo-  
theker **G. Meyer** in Eutau, dem Prem.-  
Rent. im 5. Brandenb. Inf.-Regim.  
Nr. 48 Winkler in Solbido, dem Reg.-  
und Ober-Präsidialrath Steinmann in  
Magdeburg. Eine Tochter: dem Pre-  
diger **A. Kleiner** in Rügen, dem Pre-  
mierleut. im 3. Hannov. Inf.-Regim.  
Nr. 79 Harad v. D. in Posen in Sil-  
dheim, dem Kammerherrn **F. v. Hof**  
in Ahrensberg, dem Hrn. **Wilhelm**  
Walter in Berlin.

### Stadt-Theater.

Dienstag den 24. Oktober. 3. Gast-  
spiel der Frau **Hirsch-Podolska. Eine  
kleine Erzählung ohne Namen.**  
Euphrosine in 1 Akt von G. A. Görner.  
Hilf: **Die Diensthofen.** Euphrosine  
in 1 Aufzuge von **Roderich Benedikt.**  
Zum Schluss: **Die schöne Galathee.**  
Dritte in 1 Akt von Poly Henrion,  
Musik von Fr. v. Suppe.  
Wegen Vorbereitung der Oper „Die  
Hugenotten“ und des Euphrosine, Minna  
von Barnhelm bleibt das Theater Mitt-  
woch den 25. Oktober geschlossen.

Donnerstag den 26. Oktober. Gast-  
spiel der Frau **Marie Hirsch-Podolska:**  
Neu einstudirt **Minna von Barn-  
helm oder Soldatenglück.** Euphrosine  
in 5 Akten von G. E. Lessing. Eine  
Dame in Trauer Fr. Hirsch-Podolska.

Dienstag den 24. d. zum Abendbrod

**Cisbeine** mit Meerret-  
tig in der Neuen Wolfslucht, Große  
Ritterstraße Nr. 3, wozu freundlich ein-  
ladet  
**A. Wolff.**

### B. Heilbronn's Restaurant.

Dominikanerstraße Nr. 3.  
Heute Abend den 24: **Börsenfest**  
mit Erbsen und Sauerkohl.

### Felsen-Keller.

Morgen Mittags den 25. cr. **Cis-  
beine** wozu einladet  
**J. F. Hoffmann,** St. Martin 61.



Druck und Verlag von W. Deder & Co. (E. Röpel) in Rosen.